Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00,** monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 195. **Freitag, den 24. August 1906.** 13. Jahrg.

Die Rechtsgleichheit vor allem.

Die Wiener „Arbeiter Zeitung“ stellt die folgenden auch für andere Länder wie für Oesterreich sehr zutreffenden Betrachtungen an:

Ein hohes Gut ist die Gleichheit des Rechts. Wohl ist es uns Sozialdemokraten nicht das höchste Gut, denn die Gleichheit des Rechts, wie sie im Wirtschaftsleben schon besteht, bedeutet lange noch nicht faktische Gleichheit. In den bürgerlichen Geistern gilt sie, wenigstens zum größten Teil, und trotzdem sind die Unterschiede des Besitzes gewaltig. Die Rechtsgleichheit, die ökonomische und die politische, ist eine rein bürgerliche Forderung, eine notwendige Voraussetzung des bourgeoisen Klassenstaates und in diesem Punkte ist das Proletariat bloßer Erbe der Bourgeoisie.

Sie ist ein hohes Gut, denn sie ist der bürgerliche Friede — die Rechtsungleichheit ist der Bürgerkrieg. Was unterscheidet denn alle politischen Kämpfe bei uns, in Belgien, in Rußland so augenfällig von den Parteikämpfen in England oder Frankreich? Wir und alle Länder des absolutistischen oder ständischen Vorrechts leben unter der ständigen Furcht, daß die Straße und die Werkstatt, das das private, ökonomische Dasein der Bürger zur Waffe im Kampfe um und gegen die Staatsgewalt wird; in den Weststaaten ist alle Politik, selbst die leidenschaftlichste, ein bloßes Sichmessen von Stimmzetteln und von Ideen. Ohne Kampf kein Leben, kampflose Ruhe wäre der politische Tod. Aber zwischen Ideenkampf und Bürgerkrieg ist ein großer Unterschied, derselbe Unterschied wie zwischen dem wirtschaftlichen Wettbewerb und dem gewalttätigen Raub.

Die bürgerliche Rechtsgleichheit hat den freien Wettbewerb der Produzenten ermöglicht und dadurch unsere Gesellschaftsordnung erst hergestellt. Große, staunenerregende Resultate hat dieser gezeitigt. Die wirtschaftliche Blüte Europas, seine grandiose Volksvermehrung, die Wunder der Technik, die Begründung der modernen Wissenschaften sind mittelbare Folgen dieses Systems, sind ohne dasselbe nicht zu denken. Der enge Schnürleib der Leibeigenschaft auf dem Lande, der Zunftschranke in der Stadt, der ständischen Gliederung der Gesellschaft hätte diese Entfaltung erstickt, wenn er nicht gesprengt worden wäre durch sie. Und diese juristische Gleichheit hat die Gesellschaft nicht nivelliert, hat nicht in öder Gleichmacherei geendigt, sondern erst die größte soziale Differenzierung ermöglicht.

Der freie Wettbewerb, das Kind der ökonomischen Rechtsgleichheit, hat freilich auch gewaltige Schäden hervorgerufen; aber sie gehen auf Rechnung des Kindes, nicht der Mutter. Es fällt heute niemanden ein, diese persönliche Gleichheit aufzuheben, wenn er „Schranken“ des freien Wettbewerbes einführt. Verderblich wird indessen der freie Wettbewerb der Güter erstens insofern, als er mit unlauteren Mitteln betrieben ward, und zweitens, weil ökonomisch nicht nur Person mit Person, Begabung mit Begabung ringt, sondern das große unpersönliche Vermögen mit den kleinen, der Besitz mit dem Nichtbesitz.

Die politische Rechtsgleichheit gebiert den freien Wettbewerb der Persönlichkeit und der Ideen. Wie auf dem Markte die Waren zum Käufer, so werben hier Programme um Stimmen, Personen um Anhänger. Wohl gibt es auch hier einen unlauteren Wettbewerb, gegen die das Gesetz seine Schranken errichtet: die politische Verleumdung, die Bestechung, den Stimmzettelbetrug. Aber jenen zweiten Nachteil kennt die politische Rechtsgleichheit nicht. Auf dem Feld der Wirtschaft kämpft lange nicht mehr der Mensch mit dem Menschen, sondern Ding mit Ding, Kapital mit Kapital; der politische Wettstreit wird — sobald die Demokratie sich eingelebt hat — zwischen Idee und Idee, zwischen Person und Person ausgefochten. Hier kann das liberum commercium (der freie Verkehr) der Gedanken und Bestrebungen nicht jene Schäden erzeugen, wie der wirtschaftliche Freihandel. Tatkraft und Begabung des Staatsmannes werden durch kein noch so großes Kapital ersetzt.

Der Wettbewerb der Männer und Ideen, der Parteiführer und Parteiprogramme, drückt ein Tieferes aus: In ihnen offenbart sich körperlich der Widerstreit der Interessen der Bevölkerung. Was dem Unwissenden als bloßer Wortstreit der Führer im Parlament erscheint, ist im Grunde ein Gegensatz, der die Volksmassen selbst berührt, und zwar in der Regel materiell berührt, und der auf den Straßen und in den Stätten der Arbeit ausgetragen werden müßte, wenn ihm das gleiche Stimmrecht nicht legitimen Ausdruck gäbe, wenn dieser Ausdruck nicht völlig gleichwertig wäre. Fragen, die vor Jahrhunderten nur durch den Bürgerkrieg hätten entschieden werden können (z. B. die konfessionelle Frage in Frankreich), entscheidet heute ein Wahlgang und eine parlamentarische Abstimmung, und ein Gesetzesbeschluß beendigt den Streit (wie der Westfälische Friede den Krieg der Konfessionen). Nehmen wir an, Frankreich hätte ein Zensusparlament: dann hätte die Kirche sich selbst und das französische Volk durch eine Minorität vergewaltigt erklärt, weder sie selbst, noch der Papst hätte eine zwingende Ursache gehabt, sich zu unterwerfen und Frieden zu schließen; sie hätten vom Parlament an das Volk appelliert und kein Richter stünde über beiden als die Straße. Das Parlament ist ein Instrument des Bürgerfriedens; aber es ist das nur, soweit es auf dem Fundament der politischen Rechtsgleichheit beruht.

Vorrechtsparlamente aber, wie das Parlament der Restauration (1830) oder Ludwig Philipps (1848) oder wie das gegenwärtige belgische, sind das Gegenteil, sind Objekte des Bürgerkrieges.

Die Volksvertretung soll den freien Wettbewerb aller Interessen der Staatsbürger nicht nur entfesseln, sondern den freien Wettbewerb der Männer und Ideen, der Persönlichkeiten und der Programme auch sichtbar ausdrücken, verkörpern und formulieren.

An sich sind die Interessen einer Millionenbevölkerung so vielgestaltig, daß sie nicht nur unvereinbar, sondern sogar unfaßbar erscheinen. Als Chaos stellt sich ein Volk wie das russische dar, im Augenblicke, wo es sich von der bureaukratischen Vormundschaft frei macht. Zunächst ist in dem Widerstreit aller Interessen gegen alle überhaupt keine bestimmte Richtlinie zu erkennen. Erst allmählich ringen sich — und der Wettbewerb ist noch lange kein freier — Männer mit markanten Ansichten heraus, aus Männern werden Parteien, aus Ansichten werden Programme: Die Parteibildung setzt ein, ihr Interessengehalt wird, so wie das amorphe Metall zur Münze, bald geprägt zum kurzen Schlagwort: „Land und Freiheit“ oder: „Autorität und Ordnung“. Die Massen gliedern sich in Kampflager: Das Volk selbst, die Staatsgewalt, das Ausland ist mit einem Male orientiert und das Geheimnis der Sphinx zum Teil gelüftet. Das ganze Streben eines Volkes ist formuliert in wenigen Leitsätzen und verkörpert in der Person jener, die seiner Verwirklichung ihr Leben leihen. Erziehung und Unterricht, Disziplin und Organisation sind für das Volksganze die Frucht des freien politischen Wettbewerbes.

Der Reaktionär sieht darin nicht mehr als die Entfesselung aller Leidenschaften, die Ruhe und Ordnung stören. Das System aber entfesselt nicht nur alle Interessen, es gleicht sie auch aus und stellt das überwiegende Mehrheitsinteresse durch Abstimmungen ziffernmäßig fest und bestimmt die Minderheit, sich zu unterwerfen. Mag ein Zarenminister hundertmal vorgeben, er wolle zum allgemeinen Besten regieren. Wie soll festgestellt werden, daß seine individuelle Willkür der Allgemeinheit dient, wenn eben darum die Allgemeinheit geknebelt werden muß? Aus welchem Grunde soll sich einer Willkür eines Individuums unterwerfen? Und doch würde sich derselbe bedingungslos dem Willen der Mehrheit seines Volkes beugen! Selbst wenn nach seiner Auffassung diese Mehrheit irrt — es steht bei ihm und seinen Gesinnungsgenossen, durch Berechtigung des Irrtums, also durch die wirksamste Art der Propaganda, aus der gehorchenden Minderheit zur herrschenden Mehrheit zu werden!

Das Vorrecht, sei es ein individuelles oder ständisches, erzeugt Ungehorsam und Revolte, der freie politische Wettbewerb auf der Basis des gleichen Rechtes bringt jeden Kampf zum friedlichen Abschluß und schafft selbst für den schwersten politischen Fehler eine friedliche Remedur. Das gleiche Stimmrecht ist „die Lanze, die die Wunden heilt, die sie schlägt“.

Es ist eine schäumende, brodelnde Masse, aus der ein blanker Guß ersteht. Auch die Demokratie hat ihre Kinderkrankheiten. Der beste Wettbewerb der Interessen und der Geister mag tumultuarisch vor sich gehen, die Verheißungen mögen überschwänglich, die Anfeindungen bösartig, die Leidenschaften maßlos sein. Nicht glatt vollzieht sich der Uebergang vom Bürgerkrieg zum Stimmenkampf, ebensowenig wie jener vom Raubrittertum zur bürgerlichen Produktion. Aber laßt die Demokratie zu ihren Jahren kommen und ihr werdet versucht sein, die Politik lodern, die Argumentation nüchtern zu finden. Eingeweihte versichern, daß in England dem Parteiführer nichts mehr in den Massen schade, als wenn er den Gegner anschwärze oder der eigenen Partei das Blaue vom Himmel herunter verspreche. Und wie nüchtern die Schweizer Politik machen, ist bekannt. In diesen eingelebten Demokratien stößt nichts mehr ab, als die Phrase und die persönliche Note. Sehr natürlich: wie ein Arbeiter mit seinem Werkzeug, so muß auch ein Volk mit seinen Institutionen vertraut werden, um sie richtig zu handhaben.

Wir in Oesterreich brauchen die wundenheilende Lanze sehr. Wir brauchen den freien Wettbewerb der Männer und Ideen — an beiden fehlt es uns, und wir können sie nicht anders gewinnen. Wir brauchen die politische Erziehung der Völker, ihre politische Disziplinierung und Organisation — sie sind in ihren Strebungen und Interessen noch nicht gegliedert zu großen einheitlichen politischen Parteien, wir haben nur lokale Cliquen. Wir brauchen die überzeugende Entscheidung aller Kämpfe durch Abstimmungen, wobei sich die Minderheit der Mehrheit unterwirft, den Wechsel der Mehrheiten — denn unser Parlament ist desorganisiert und kennt weder organische Mehrheiten, die beschließen, noch Minderheiten, die sich unterwerfen. Wir brauchen ein wahres Volksparlament, in dem die Berufung von der Tribüne an die Straße überflüssig wird, das nicht mehr in seiner Legitimation angefochten wird, weil es auf Vorrechten beruht. Wir brauchen mit einem Worte vor allem das gleiche Stimmrecht aller. Und darum kann und darf an diesem in der österreichischen Wahlrechtsvorlage verbürgten Grundprinzip keine Aenderung erfolgen.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Pod und kein Ende. Die Affäre des preußischen Landwirtschaftsministers entwickelt sich zu einer höchst ergötzlichen Katzbalgerei in den „maßgebenden“ Regionen. Der Reichskanzler will den jovialen Kumpan offenbar gern los sein, und er würde dabei sicherlich in den Augen sämtlicher Reichsphilister eine glorreiche Rolle spielen, als „Reiter der altpreußischen Tradition“, aber Pod will sich nicht zur höheren Ehre Bülows abhalftern lassen, und so bombardieren sich beide gegenseitig mit allerlei Liebenswürdigkeiten. Bülow ließ in seinem offiziösen Blatt erklären, daß ihm der Sozius der Firma Tippelskirch ein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Pod aber erklärte durch seine Offiziösen in den Scherlblättern, das sei ihm garnicht eingefallen, er habe nur eine beliebige Redensart gemacht, aus der gar keine ernste Schlußfolgerung zu ziehen sei. Inzwischen hat der Reichskanzler die Sache beim Kaiser vorgetragen, und dieser hat bekanntlich entschieden, daß sich zur Zeit noch nicht entscheiden lasse, ob Exzellenz v. Podbielski aus dem Staatsdienst zu entlassen sei. Damit sind zunächst den liberalen Blättern die Saaten verhagelt, die unter dem wässrigen Geschwätze von den „altpreußischen Traditionen“ so lustig aufzusprießen begannen. Wenn es „altpreußische Tradition“ sein soll, daß Minister, die private Geschäfte mit dem Staate machen, für den blauen Brief reif sind, so hätte Pod längst entlassen werden müssen, und unzählige seiner Vorgänger vor ihm, so vor allem der brave Bismarck. Dies Gerede von den „altpreußischen Traditionen“ ist das albernste Zeug, das sich denken läßt, aber eben deshalb ein gefundenes Fressen für die liberalen Heuchler, denen man nicht einmal den mildernden Umstand reeller Unwissenheit zubilligen darf. Denn wenn sie auch nur einigermaßen mit der preußischen Geschichte vertraut sind, dann könnten und eben deshalb sollten sie auch wissen, daß es praktisch eine „altpreußische Tradition“ nie gegeben hat. Die ostelbischen Junker, aus denen sich die preußischen Minister ja fast ohne Ausnahme rekrutieren, haben sich stets trefflich darauf verstanden, den Staat als milchende Kuh auszubeuten. Es ist eine anerkennenswerte Ehrlichkeit, wenn Fürst Bülow diese „altpreußische Tradition“ als nicht vorhanden deklariert hat, indem er die kaiserliche Entscheidung in Sachen Pods herbeiführte. Ihrem Sinn nach besagt sie: wenn dem preußischen Landwirtschaftsminister schlimmere Dinge nachgewiesen werden sollten, als die angebliche Verletzung jener angeblichen „altpreußischen Tradition“, so muß er springen; wenn nicht, denn nicht. Worum es sich dabei handelt, will die „Dortmunder Zeitung“ wissen, indem sie schreibt:

> „Der springende Punkt in der Podbielski-Frage ist eine Aussage, die Major Fischer dem Untersuchungsrichter gegenüber gemacht hat. Danach hat Herr v. Tippelskirch den Major zur Annahme eines der verschiedenen Darlehen mit der Motivierung überredet, die betreffende Summe käme von Exzellenz v. Podbielski. Major Fischer gibt nun an, er habe es für nötig gehalten, sich für diese Hilfe beim Minister zu bedanken. Diesen Dank soll der Herr Landwirtschaftsminister — obwohl er in Wirklichkeit gar nicht der Darlehnsgeber war — in halb verlegener, halb jovialer Weise angenommen haben. Damit wäre denn wohl ein Zusammenhang zwischen dem Fischerschen Darlehen und Exzellenz v. Podbielski konstruiert, und zu gleicher Zeit die Mitwisserschaft Podbielskis an den Tippelskirchschen Ungehörigkeiten nachgewiesen.“

Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so dürften allerdings wohl Pods Ministertage gezählt sein. Solche Scherze verträgt am Ende auch der Magen des preußischen Staats nicht, notabene, wenn sie zur gerichtlichen Feststellung gelangt sind. Im übrigen ist es recht gleichgültig, ob Pod bleibt oder geht, da niemand daran zweifelt, daß die Pods bleiben werden, auch wenn der Pod gehen sollte. Und im übrigen kann einem schon im voraus übel werden, wenn man an das entsetzliche Geschwafel denkt, das sich im Falle seines Gehens über die Rettung der „altpreußischen Traditionen“ durch den Helden Bülow erleben würde.

Die schwarze Parade. Seit Sonntag herrscht in der Stadt der Kanonenfabrikation der Jahrmarktstrubel des christlichen Zentrums. Das Zentrum, wie die katholische

Kirche, versteht es, sich dem Lauf der Zeiten anzupassen. Im Zeitalter des Großbetriebs veranstaltet es Versammlungen, die immer mehr den Charakter eines ungeheuren, massenhaften, ja menschenlebengefährdenden Jahrmarkttreibens annehmen. Unter gewaltigem Aufgebot von Menschenmassen aus den Städten Westfalens und Rheinlands, unter dem Zustrom von Kirchenpotentaten und Aristokraten aus dem ganzen Reiche wird in Essen der Ruhm und die Herrlichkeit des Zentrums gefeiert. Mit Glockengeläute von allen katholischen Kirchen, mit Anrufung des heiligen Geistes in der Münsterkirche, mit einem Festzug der Arbeitervereine wurde der Katholikentag eröffnet. Man macht Parade mit den Arbeitern, die noch glauben, durch das Bündnis mit den Vertretern des Großkapitals und des Großgrundbesitzes oder auch durch fromme Gebete ihre soziale Lage bessern zu können. An den Vorträgen aber, die angekündigt werden, beteiligen sich als Redner lediglich Professoren, Landgerichtsräte u. dergl., nur der Arbeitssekretär Giesberts zeigt, daß das Zentrum immerhin einige aus der Arbeiterklasse selbst hervorgegangene Leute zu seiner Verfügung hat. Giesberts will sprechen über die Aufgabe der Katholiken bei Lösung der sozialen Frage. Ueberhaupt nimmt die „soziale Frage" in den Redeleistungen der Katholikenversammlungen, bei denen es ja bekanntlich eine Diskussion der Versammelten oder gar der Arbeiter selbst nicht gibt, einen erheblichen Raum ein. Schon die Einleitung kennzeichnete das Wesen dieser Veranstaltung. Der Arbeitersekretär Kloft eröffnete eine der Arbeiterversammlungen, die am Vorabend stattfanden, mit dem katholischen Gruß „Gelobt sei Jesus Christus" und führte dann aus:

„Ihre Anteilnahme ist um so bedeutungsvoller, weil Sie durchdrungen sind von dem Geiste der christlichen Weltanschauung und Sie auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen. Die Anteilnahme der Arbeiter an der Generalversammlung in so großer Zahl ist um so bedeutungsvoller, weil wir uns im Gegensatz fühlen zur Sozialdemokratie. Wir verwerfen den Klassenkampf, weil wir wissen, der Klassenkampf führt notwendigerweise zum Klassenhaß. (Gewiß, zum Haß gegen ungerechte Einrichtungen. D. Red.) Der Klassenkampf kann aber auch nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Wir verwerfen den Klassenkampf nicht bloß aus materiellen, sondern ganz besonders aus religiösen Gründen. Der Klassenkampf widerspricht den Grundsätzen des katholischen Glaubens. Wir haben als Arbeiter volles Klassenbewußtsein (Also doch! Welche Wirrköpfigkeit! D. Red.), wir wollen aber die Verhältnisse der Arbeiter bessern in Gemeinschaft und mit Hilfe der andern Stände. Es ist auch Pflicht der Arbeiter, an den staatspolitischen Aufgaben teilzunehmen und dafür zu sorgen, daß nur solche Männer in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden, die auch ein Herz für die Arbeiter haben."

Der Redner fordert dann Erweiterung des Koalitionsrechts, Preß und Versammlungsfreiheit, staatliche Anerkennung der Berufsvereine, sowie Ausbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze. Schon diese Ausführungen des Arbeitersekretärs zeigen, wie sehr die Arbeiterpolitik des Zentrums den Zweck verfolgt, die freiheitliche und selbständige moderne Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Früher erklangen auf den Katholikentagen demokratische Töne, scharfe Worte der Opposition. Jetzt aber tritt immer mehr hervor der Gegensatz zu der Partei, welche die alle christlichen Moralsätze verhöhnenden Zustände der kapitalistischen Gegenwart beseitigen will, gegen die Sozialdemokratie. So ziemt es einer Partei, welche im Klassenstaat des Kapitalismus regierende Partei geworden ist und sein will. Wenn schon der Arbeitersekretär als Thema seiner Ausführungen die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie wählt, was werden wir in diesen Tagen der Katholikenversammlung noch weiter von den Kirchenobern und den Zentrumspolitikern vernehmen? Das Zentrum wird immer ausschließlicher die Partei, die die Religion im Interesse der besitzenden Klasse mißbraucht.

Der Schmok in der Falle. Auf der deutschen bürgerlichen Preßplantage treibt allerlei merkwürdiges Volk sein Unwesen, das kürzlich von Wilhelm II., der sich schon mehrfach damit beschäftigt hat, dahin charakterisiert wurde, daß Leute die öffentliche Meinung machten, die nichts gelernt hatten. Wir werden uns ja hüten, Wilhelm II. zu widersprechen. Wir erlauben uns bloß die bescheidene Bemerkung, daß, wenn diese Leute auch nichts gelernt haben, — sie doch Eigenschaften auszeichnen, die man sonst wenig findet —, nämlich eine ungeheure Portion Dreistigkeit und Vielseitigkeit. In den sogenannten unparteiischen, oder mehrfach parteiischen Blättern treiben Leute ihr Unwesen, das sie freilich als staatserhaltende Politik bezeichnen, die sich in erster Linie als politische Clowns dem Publikum präsentieren. Einer der hervorragendsten Vertreter dieser angenehmen Rasse ist der aus Polen stammende Germane und geistige Vorarbeiter der Leipziger „Neuesten Nachrichten" — Paul Liman. In sechs Leitartikeln wöchentlich, muß er gegen allerdings sehr gutes Honorar das Publikum durch allerlei Späßchen über die Politik, von der Politik abhalten. Das geschieht dadurch, daß er einen Tag gegen Bülows und Wilhelms Politik, und den anderen Tag dafür schreibt. Den dritten Tag ulkt er die Juden an, von denen er abstammt, den vierten Tag geht er auf die Engländer los und in den anderen Artikeln verrichtet er Schuhputzerdienste für den Zaren. Herr Herrfurth, der Verleger der „Neuesten Nachrichten", des Hauptorgans für Mitteldeutschland, das in keinem Café (wohl auch in keinem Bordell?) fehlt, glaubt nun bisher, daß er für sein schweres Geld den politischen Spaßmacher allein besäße. Nun kommt auf einmal die für ihn niederschmetternde Nachricht, daß sein Schmok oder sein „Geistes-Polier" auch für die „Deutsche Tageszeitung" des Knuten-Oertel" agrarische Politik macht; was ja zwar der Handelspolitik der „Neuesten Nachrichten" ins Gesicht schlägt, aber immer noch nicht so schlimm ist, wie die andere Nachricht, daß Schmok-Liman auch für ein — englisches Blatt — schreibt. Wer hat nun diese vielseitige journalistische Tätigkeit Liman's ans Tageslicht gezogen? Etwa die bösen Sozialdemokraten? O nein! Die bürgerliche Presse selber sucht Liman zu vernichten, nicht aus Reinlichkeitsgefühl, sondern — um der Herrfurt'schen Meinungsfabrik den Garaus zu machen. Und es wird ihr gelingen! Die „Neuesten Nachrichten" waren ganz und gar auf Limans politische Grünspanartikel angewiesen; denn wenn die nicht mehr erscheinen, macht's dem Leipziger Gosenspießer keinen Spaß mehr, — der Zweck des „Leipziger Tageblattes", die Vernichtung des Konkurrenzblattes ist erreicht. Die journalistische Hinrichtung Schmok-Limans und die Ausmerzung der Organe vom Schlage der „Leipziger Neuesten Nachrichten", die die Erziehung des Volkes zum politischen Stumpfsinn professionsmäßig betreiben, liegt im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, weil sonst der politische Fäulnisprozeß viel schneller fortschreitet. Insofern hat dieser Vorgang außerordentlich wichtige politische Bedeutung.

„Wenden Sie sich an Tippelskirch!" In der „Lib. Korr." wird berichtet: Bei der Postverwaltung erhalten alle Bewerber, die für den Tropendienst als geeignet befunden sind, zugleich mit der Einberufung ein Zirkular, worin sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich für sie empfehle, die für den Tropendienst nötigen Requisiten sich durch die Firma Tippelskirch zu beschaffen, die hierin besonders leistungsfähig sei. In einem uns mitgeteilten Falle hat ein Postbeamter, der zufällig die Bezugsquelle der Firma Tippelskirch in Erfahrung gebracht hatte, für dieselben Schuhwaren, wofür die Firma Tippelskirch 35 Mark forderte, bei der Lieferantin 18 Mark bezahlt. Also hat die Firma in diesem Falle mindestens 94 Prozent verdient. Da konnte sich Frau v. Podbielski freuen. Wenn aber Fabrikanten ihre Waren der Verwaltung direkt anboten, erhielten sie oftmals den Bescheid: „Wenden Sie sich an Tippelskirch!" — Sehr nett, nicht wahr?

Ein Stärkungsmittel. Wenn der fromme Christ sich stärken will zu schwerem und verantwortungsvollem Werk, so betet er und nimmt das Abendmahl. Es gibt aber noch andere Mittel im christlichen Staatsleben, zum Eifer anzuspornen. Nach Zeitungsberichten hat der preußische Finanzminister Frhr. von Rheinbaben folgendes Zirkular erlassen: „Seine Majestät der Kaiser und König haben allergnädigst geruht, durch allerhöchsten Erlaß vom 2. August 1906 einer großen Anzahl von Beamten der Verwaltung der indirekten Steuern in Anerkennung ihrer Verdienste bei der Einführung des neuen Zolltarifs Auszeichnungen zu verleihen. Indem ich dies zur allgemeinen Kenntnis bringe, ist es mir persönlich ein Bedürfnis, allen im Zolldienste tätigen Beamten auszusprechen, daß sie durch ihre unermüdliche und verständnisvolle Arbeit dazu beigetragen haben, die ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die mit der Einführung des neuen Zolltarifs verbunden waren, zu überwinden. Nur dadurch daß sämtliche Zollbeamten die großen Anstrengungen, die von ihnen gefordert werden mußten, gern auf sich genommen haben, ist es erreicht worden, daß die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse sich ohne Störung von Handel und Gewerbe vollzogen hat!" — Also schafft, Ihr Herren vom Zoll und indirekten Steuern, schafft eifrig am „guten Werk". Dann kommt auch Lohn von oben.

Zentrum und Wahlrecht. Daß das Zentrum nicht prinzipiell, sondern nur so lange für das gleiche, allgemeine Wahlrecht eintritt, wie es seine Macht dadurch aufrecht erhält, ist oft genug betont worden. Aber auch heute kommen schon von Zeit zu Zeit Zentrumsführer, die gegen das Reichstagswahlrecht scharf machen. So macht jetzt in der „Deutschen Tageszeitung" der klerikale Landtagsabgeordnete Graf Strachwitz-Bertelsdorf seinem bedrängten Junkerherzen Luft. Der Zentrumsgraf ist weder mit der Reichsregierung noch mit den jüngsten Taten der konservativ-klerikal-nationalliberalen Mehrheit des Reichstages zufrieden. Er verlangt kurzer Hand eine rücksichtslose Gewaltpolitik, die Regierung sei zu nachgiebig, wie sich bei den jüngsten Steuervorlagen gezeigt habe. Das Gräflein schreibt: „Die Regierung zeigte von allem anfang an, daß sie keinen festen Willen hatte, daß sie sich nicht für ihr Werk einsetzte, daß sie nichts wagen wollte. Im Jahre 1887 handelte es sich für die Regierung lediglich um eine Frage der Macht; sie appellierte an das Volk, wie bekannt, mit Erfolg. Hier handelte es sich um Lebensbedürfnisse des Reiches; die Regierung tat nichts, um ihren Willen, um das, was sie, wie man denken sollte, als notwendig erkannte, durchzusetzen .... Wo blieb ihre Führung bei einer so wichtigen Aktion? Wenn der Reichstag gesehen hätte, daß sie unbeugsam ihren Willen vertreten hätte und die Ueberzeugung hätte gewinnen können, daß außerdem die Regierung die staatserhaltenden Parteien gegen diejenigen des Umsturzes zu schützen gewillt gewesen wäre, so hätte aller Voraussicht nach — schon in Erinnerung an das Jahr 1887 — der tagende Reichstag eine großzügige, einheitliche und genügende Steuerreform gebilligt. Und war es nicht der tagende, so war es ein anderer Reichstag, ein so oder so gewählter!" — Also die Regierung hätte nach dem Rate des preußischen Zentrumsabgeordneten den Reichstag auflösen sollen, um eine ihr willfährige Majorität zu erzielen. Ja mehr noch. Sie hätte sogar, wenn auch der neue Reichstag ihren Wünschen nicht entsprochen hätte, einen Staatsstreich unternehmen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht beseitigen sollen!! Denn dies und nichts anderes bedeutet der Satz: „Und war es nicht der tagende, so war es ein anderer Reichstag, ein so oder so gewählter!" Der Zentrumsgraf deutet ganz zynisch an, daß, wenn die Regierung versprochen hätte, die staatserhaltenden Parteien gegen den Umsturz zu schützen, auch diese staatserhaltenden Parteien, also in erster Linie auch wieder das Zentrum gegen die Eskamotierung des Reichstagswahlrechts nichts einzuwenden gehabt haben würden.

Die Bauernbündler haben beschlossen, im 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Stade-Bremervörde) den Hofbesitzer Klaevemann in Ankeloh aufzustellen. Seitens unserer Partei kandidiert Genosse Ebert-Berlin.

Ein kleines Militärskandälchen gefällig? Die „Kölnische Volkszeitung" weiß von Schiebungen bei dem Landheer zu erzählen, die zugunsten von Offizieren erfolgen, die dem Dienst entsagen mußten oder entsagt haben. Das Blatt behauptet: In den Ministerialabteilungen und in der gesamten Armee-Intendantur wird zurzeit eine ganze Reihe von Subalternposten mit Offizieren bis zum Obersten aufwärts besetzt, die früher von alten Unteroffizieren, Feldwebeln und Regimentsschreibern versehen wurden. Dispositionsoffiziere werden Kommandanten von Schießplätzen, die im ganzen Jahre nur wenige Wochen lang beansprucht werden und sehr wohl durch kurze Abkommandierungen verwaltet werden könnten; jetzt sitzen auf einer solchen Stelle ein Oberst, ein Adjutant und ein Militärkommando vom Feldwebel abwärts und alle haben sie recht wenig zu tun. Ein solcher Schießplatz ohne Arbeit ist zum Beispiel der Schießplatz Hammerstein in Westpreußen, der still und ruhig daliegt, aber alle Kompetenzen und Kosten eines Regimentskommandeurs, mit allem was drum und dran hängt, verschlingt. — Solcher Versorgungsposten, die auf Kosten der Steuerzahler unterhalten werden, scheint es übrigens eine große Zahl zu geben. Vielleicht nimmt die Budgetkommission des Reichstages in der nächsten Session einmal eine gründliche Musterung vor, die bei scharfer Nutzanwendung finanziell gewiß nicht unbedeutend werden kann.

Das alte Lied! In Südwestafrika, genannt Wüste-West, ist wieder einmal eine Hottentottenbande „zersprengt" worden. Als ob nicht die eigenartige Taktik dieses Gegners darin bestände, sich, sobald er gestellt wird, zersprengen zu lassen, um sich an irgend einem unbekannten, sicheren Orte wieder ein Rendezvous zu geben! Durch ein solches „Zersprengen" des Feindes wird Oberst v. Deimling seine „Aufräumungsarbeit" sobald nicht beendigen. Die amtliche Meldung lautet: Wie schon gemeldet, hatten etwa 50 Hottentotten am 6. August die Pferdewache der 2. Feldkompagnie 2. Regiments bei Almeisfontein angegriffen, waren aber durch die herbeieilende Kompagnie zurückgeworfen worden. Der Feind flüchtete über Umeis auf Pelladrift, zog von da Oranje aufwärts bis zum Hamrevier und folgte diesem nordwärts in Richtung auf die Gr. Karasberge. Er bekam unterwegs verschiedentlich Zuzug, anscheinend durch Bondelszwarts unter Johannes Christian, so daß er allmählich wieder eine Gefechtsstärke von 150 Gewehren erreichte. Unsere Truppen verfolgten den Gegner fortgesetzt und zwar zuerst Abteilung Sieberg bis Pelladrift, dann Kompagnie Grüner bis Duurdrift, im Hamrevier, und zuletzt Abteilung Bech — 1., 8., 9. Kompagnie 2. Regiments, 7. Batterie mit sehr niederen Gefechtsstärken. Der schlechte Ernährungszustand der Truppen im Süden, entstanden durch geringen Nachschub auf den weniger leistungsfähigen Etappenstraßen und dadurch eingetretenen Mangel an Proviant und Hafer, macht eine solche Ablösung der verfolgenden Abteilungen nötig! Hauptmann Bech, der sich schon früher durch den Ueberfall gegen Morenga ausgezeichnet hatte, überraschte den Feind bei Noibis nordöstlich Kalkfontein und zersprengte ihn nach dreistündigem Gefecht. Der Gegner hatte größere Verluste und ließ eine Anzahl (wie viel?) Toter auf dem Gefechtsfeld. Auf unserer Seite fiel Leutnant von Heyden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 164, und ein Reiter. Ein Mann wurde schwer, ein anderer leicht verwundet. Abteilung Bech setzt die Verfolgung fort. Oberst v. Deimling ist mit seinem Stabe in Warmbad eingetroffen.

Norwegen.

Von den Storthingswahlen sind bis jetzt 56 Ergebnisse bekannt; es sind 27 Stichwahlen erforderlich. Von den 29 Gewählten stehen anscheinend 15 auf Seiten der Regierung, während 14 Gegner derselben sind. Unter den letzteren befinden sich drei Sozialdemokraten.

Rußland.

Unter'm „neuesten" Kurs. „Strana" meldet: 142 ehemalige Abgeordnete, die das Wyborger Manifest unterzeichneten, wurden vor Gericht gezogen und bereits des Wahlrechtes für verlustig erklärt. Der Staatsanwalt verlangt von ihnen eine Bürgschaft von je 3000 Rubeln. Drei Abgeordnete wurden verhaftet, weil sie der Aufforderung des Gouverneurs von Wyborg, auseinanderzugehen, bewaffneten Widerstand leisteten. — Aus Moskau wird gemeldet: In dem Vororte Baschilowka fand die Polizei in einem Privathause viele Waffen und eine Bombe. Dreizehn Personen sind verhaftet worden. — In der Nacht wurden hier gegen 100 Sozialdemokraten verhaftet, denen umfangreiche Vorbereitungen zu einer bewaffneten Erhebung gegen die Regierung nachgewiesen werden konnten.

Rache an den baltischen Henkern. Eine aus dem Kreischef, mehreren Landpolizisten und sechs Deutschen bestehende Kommission wurde in einem Walde bei Riga von Revolutionären gestellt. Es kam zu einem heftigen Kampf, wobei der Gutsadministrator Kraus, zwei Landpolizisten und ein Deutscher schwer verwundet wurden. Die übrigen Mitglieder entkamen. Was aus den Zurückgebliebenen wurde, ist noch unbekannt.

Eine gelungene Aktion der P. P. S. Man schreibt der Wiener „Arbeiterzeitung" aus Lodz: Am 15. d. M., um 6 Uhr abends, ging eine Kampfabteilung, bestehend aus fünfzehn Mann, zum Angriff auf das dritte Polizeiamt über. Vier auf der Wache stehende Kosaken wurden durch Revolverschüsse, die auf die Füße gerichtet wurden, kampfunfähig gemacht. Ein Infanteriesoldat wurde getötet. Nun warf man vier Bomben in das Innere des Lokals und begann den Rückzug, der sich ganz ohne Opfer vollzog. Die ungeheuere Explosion war für die acht Abteilungen zu je fünf Mann, die in der Stadt aufgestellt waren, das Signal, die Straßen von den Polizisten zu räumen. Das dauerte bis 8 Uhr. Erst jetzt kamen die Behörden zum Bewußtsein. Es begann eine regel- und planlose Schießerei auf den Straßen, bei der auch Maschinengewehre verwendet wurden. Es litten dabei nur unschuldige, zufällige Straßengänger. Einige Häuser, darunter das evangelische Pfarrhaus, litten sehr darunter. In der Nikolajewskastraße wurden die Häuser von Militär besetzt und ungefähr 150 Personen arretiert. Die Schießerei dauerte bis 12 Uhr nachts. Heute, den 16 d. M., sind keine Polizeiposten auf den Straßen. Die Kampforganisation hatte weder an Gefallenen, noch an Verwundeten, noch an Verhafteten Opfer zu beklagen. Die Behörden griffen wieder einmal daneben. — Eine Mitteilung der Polnischen Sozialistischen Partei gibt heute dem Volke in polnischen und deutschen Flugzetteln Kunde. Der deutsche Flugzettel hat folgenden Wortlaut:

Polnische Sozialistische Partei.
Mitteilung.

Die Kampforganisation unserer Partei hat gestern der Polizei eine blutige Niederlage zugefügt.

Unser Kampf mit der zarischen Regierung nimmt immer schärfere Formen an. Unsere praktische Tätigkeit besteht in der Desorganisierung der Regierungsmaschinerie, die zwei Grundlagen hat: die Polizei und das Militär, die bewußten und gezwungenen Beschützer des Zarismus. Während wir die Soldaten unter das

Banner der Revolution heranziehen, wird die Polizei von uns stets verfolgt werden.

Ebensolche Niederlagen werden der Polizei auch in anderen Städten Polens von unserer Kampforganisation bereitet.

Nieder mit dem Zarismus!
Es lebe die Revolution!

Das Lodzer Arbeiterkomitee
der Polnischen Sozialistischen Partei.

Lodz, 16. August 1906.

Diese Flugzettel wurden in Tausenden Exemplaren verteilt. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem unsichtbaren Gegner drückt sichtlich auf die in der vollen Waffenrüstung kriegsrechtlicher Maßregeln hilflose Warschauer Regierung.

Italien.

Vom „sozialen" Papst. Papst Pius X. hat eine Enzyklika an die Bischöfe Italiens erlassen, die sich richtet wider den „Geist der Unbotmäßigkeit und Unabhängigkeit" im italienischen Klerus. Darin wird den jungen Geistlichen, die zum Volke herabsteigen, die Beobachtung folgender Vorschrift dringlichst ans Herz gelegt: „Jede Bemerkung, die in das Volk Abneigung gegen die höheren Klassen hineintragen könnte, ist unzulässig und muß, als dem wahren Geist der christlichen Liebe durchaus zuwider, unterlassen werden." — „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme", heißt es Matth. 19, 24.

Kuba.

Ein Bürgerkrieg ist hier wieder einmal zur Abwechselung ausgebrochen. Der erste blutige Zusammenstoß hat bereits stattgefunden. 1 Offizier wurde getötet, mehrere Soldaten verwundet.

Das Erdbeben in Chile.

Als eine weitere, durch das Erdbeben vollständig zerstörte chilenische Stadt wird der „Köln. Ztg." nach einer Meldung des „New York Herald" Quillota, ein durch schöne Umgebung ausgezeichneter, 11 000 Einwohner zählender Ort nordöstlich von Valparaiso, bezeichnet. 4½ Minuten dauerte der Stoß, den man in Valparaiso deutlich bemerkte, dann war von der Stadt nichts mehr zu sehen. Kaum hundert Einwohner sollen dem Verderben entronnen sein. Ferner gehen folgende Meldungen ein:

Nach Depeschen aus Valparaiso gehen die Arbeiten der Förderung der Leichen aus den eingestürzten Häusern so schnell wie möglich vorwärts. Hunderte von Toten wurden ans Tageslicht gebracht. In den meisten Fällen sind die Leichen unkenntlich. Man glaubt, daß an 1000 Namenlose der Erde überwiesen wurden. Die Leiden der ärmeren Klassen sind furchtbar. Frisches Wasser ist knapp. Die Atmosphäre ist durch die verkohlten und verwesenden Leichen verpestet.

Der argentinische Senat hat für die in Chile Notleidenden eine Viertelmillion Pesos bewilligt. Unter den in Valparaiso Getöteten ist auch der liberale Führer Samual Silva. — Seit den ersten Tagen sind immerfort Erschütterungen zu verzeichnen gewesen. 30 000 Flüchtlinge von Valparaiso sind in Santiago angelangt. — Die chilenischen Versicherungsgesellschaften sind schwer betroffen, weil die ausländischen Gesellschaften durch ein kürzlich angenommenes Gesetz vertrieben wurden. Die Ausdehnung des Erdbebens wird auf 15 Liegas geschätzt.

Nach Meldungen aus Valparaiso beläuft sich die Zahl der der Katastrophe zum Opfer Gefallenen auf mehrere Tausend. Die Schätzungen schwanken zwischen zwei- und zwölftausend. Der größte Teil Valparaisos ist völlig zerstört. Der übriggebliebene Teil ist als Wohnplatz ganz unbrauchbar. Die Erdstöße dauern in Zwischenräumen fort.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 23 August.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Bolst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Holzarbeiter! Nach Aufhebung des Streiks weigern sich die Arbeitgeber, die Streikenden einzustellen. Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hülfsarbeitern nach Lübeck ist deshalb streng fernzuhalten.

Scharfmacher unter sich. Wir haben uns bereits gestern mit der Tagung des norddeutschen Baugewerksvereins beschäftigt. Aus den weiteren Verhandlungen ist zunächst für die Arbeiterschaft von Interesse, daß die Debatte über die Ausführungen des Oberscharfmachers Zummert-Hamburg über Arbeitgeberverbände, Arbeitsnachweise 2c. zur Annahme folgender Resolution führte:

1. Die Arbeitgeberverbände sind überall zu stärken und zu heben, eventuell neuzubilden; 2. bei Annahme von Arbeitskräften ist in allen Fällen der Entlassungsschein zu fördern; 3. im Submissionsverfahren ist bei gleichem Angebot dem Arbeitgeber der Vorzug zu geben, der dem Verbande angehört.

Was den 1. Punkt anlangt, so können hieraus die Arbeiter ersehen, daß die Scharfmacher im Baugewerbe eifrigst bestrebt sind, ihre Positionen immer mehr zu stärken. Mögen auch die baugewerblichen Arbeiter nicht nur in Lübeck, sondern auch im Fürstentum Lübeck die Lehre ziehen, daß auch sie einig und geschlossen dastehen, wenn sie dem Arbeitgebertum erfolgreich die Stirne bieten und ihre Lebenslage verbessern wollen. Geschieht das, dann können sie auch getrost allen scharfmacherischen Plänen entgegensehen. Denn nur solche haben die Baugewaltigen im Auge gehabt, als sie dem zweiten Punkt der Resolution ihre Zustimmung gaben. Man will mit der Forderung des Entlassungsscheins zweifellos nichts anderes bezwecken, als mißliebige Arbeiter von der Arbeit fernzuhalten — eine Handlungsweise, die nach dem bekannten Kaiserwort mit schwerster Strafe belegt werden sollte. Eigentümlich muß diejenigen die dritte Forderung berühren, die bisher immer glaubten, daß Unternehmer niemals Terrorismus üben. Hier wird ihnen der klarste Beweis dafür erbracht, wo die Terroristen sitzen. Diejenigen, die sich nicht den Scharfmachergelüsten fügen, sollen bei Submissionen — falls sie gleiche Angebote wie die Arbeitgeberverbändler machen — nicht berücksichtigt werden. Man will sie also mit der Hungerpeitsche züchtigen. Wir fragen: Ist das kein Terrorismus?

Auch mit der Lehrlingsfrage beschäftigten sich die „Herren." Ein Antrag Stade, der besagte: „Die Delegierten und die übrigen Organe des Verbandes, sowie die angeschlossenen Innungen wollen bei den zuständigen Handwerks- und Gewerbekammern des Bezirks dahin wirken, daß die Forderung der 3½- bis 4jährigen Lehrzeit im Baugewerbe für Lehrlinge unter sechzehn Jahren alsbald und allgemein zur Durchführung gelange", wurde abgelehnt; jedoch wurde der Kieler Antrag, „die Ausbildung der Lehrlinge nicht einzuschränken, sondern zu fördern", angenommen. Demnach wird die Forderung vertreten, daß alle Lehrlinge unter sechzehn Jahren eine vierjährige Lehrzeit zu absolvieren haben. Nur ausnahmsweise darf ein halbes Jahr erlassen werden. — Diese Forderung ist so reaktionär, daß sich die Baugewaltigen eigentlich schämen müßten, eine solche aufzustellen. Aber bei diesen Leuten ist anscheinend die Scham schon zu den Hunden entflohen.

Inbezug auf die Streik- und Sperrklausel soll eifrigst Material gesammelt und angestrebt werden, daß überall Streik- und Sperrklauseln in die Bauverträge aufgenommen werden. Das beste ist nur, daß manche Bauherren sich schön bedanken würden, einen solchen Bauvertrag einzugehen.

Von Flensburg war angefragt, ob in Bezug auf das Versicherungswesen höheren Orts der Antrag Erfolg haben könnte, daß die jetzt vom Arbeitgeber aufzubringenden Beitragsleistungen zu den Arbeiterversicherungen auf andere Weise als bisher, vielleicht in der Form einer Bausteuer, die ähnlich der Konzessionssteuer wäre, zu erheben seien; ebenfalls sei zu wünschen, daß die durch die Arbeiterversicherungen den Arbeitgebern aufgebürdete Last und Verantwortung abgeschwächt werde. Diese Anträge sollen als Anregung dienen. Dagegen fand folgender von Kiel gestellte Antrag Annahme: Die Polizeibehörden sind zu bitten, bei Ausstellung bezw. Umtausch von Invalidenkarten die Legitimation durch einen auf das Handwerk lautenden Lehrbrief zu fordern. Damit soll verhindert werden, daß ungelernte Bauhandwerker ins Bauhandwerk, namentlich als Maurer eindringen. — Es ist einfach köstlich, zu hören, wie die Herren immer über die hohen Versicherungsbeiträge jammern. Jedenfalls denken sie auch wie die Agrarier, durch fortwährendes Schreien und Jammern doch schließlich Erfolge zu erzielen. — Der Antrag Kiel ist nichts anderes als ein Ausfluß zünftlerischer Gesinnung.

Nur immer weiter so, ihr Herren Scharfmacher!

die Maklerfirma Jäde u. Co. ruhig ersparen können, denn widerlegt hat sie garnichts. Wenn behauptet wird, die Entlöschung des Dampfers „Frey" hätte nichts mit dem Streik zu tun, so ist das nicht richtig; am allerwenigsten können dieses aber die Firmeninhaber behaupten, denn Herr Jäde, sowie Herr Krellenberg waren beide in Wismar, und dort ist ihnen erklärt worden, daß der Dampfer nicht entlöscht würde. Das geschah mit vollem Recht; auch wenn die Stunde mit 10 Mk. bezahlt worden wäre. Denn die für die Wismarschen Hobelwerke bestimmten Schiffe werden auch von den Arbeitern der Hobelwerke entlöscht. Eine so ehrlose Handlungsweise aber, auf Wunsch der Reederei Streikbrecher zu werden, läßt sich ein anständiger Arbeiter nicht zu schulden kommen. Wie lag hier nun die Sache? Die Direktion der Hobelwerke wollte nicht nachgeben, selbst Herrn Jäde gegenüber nicht. Nun sollte es der dumme Arbeiter tun, doch der tat's ebenfalls nicht und verzichtete auf den großen Lohn, den man sonst in Wismar nicht beim Holzentlöschen für Herrn Jäde verdienen kann. Ob die Ladung Holz auf „Ordre" bestellt ist oder nicht, kann für die Streikenden nicht in Betracht kommen; die Hauptsache war, daß die Ladung für die Wismarschen Hobelwerke bestimmt war, und diese waren nicht imstande, die Ladung zu entlöschen, da es an Arbeitern hierzu mangelte; deshalb mußten die Wismarschen Hafenarbeiter das Ansinnen der Herren Jäde und Krellenberg zurückweisen. Der Schaden, welcher den Streikenden hieraus entstanden ist, daß es ferner in Lübeck gelungen ist, einige Arbeitswillige zu ergattern, das alles ändert an der Sachlage nichts. Vielleicht würde es sich empfehlen, diese braven Arbeitswilligen für einen späteren Fall zu reservieren. Was nun die Einschüchterung der 5 Lübecker Arbeiter anbetrifft, so haben die um eine bessere Lebensstellung kämpfenden Wismarschen Arbeiter nur ihr gutes Recht ausgenutzt, vielleicht zum Aerger der Herren, denen es angeht. Dieses aber läßt sich nicht ändern; das Koalitionsrecht, so winzig es ist, ist manchen Herren wohl noch zu viel, deshalb schimpft man, wenn der Arbeiter von seinem Recht Gebrauch macht. — Aus all diesen Ausführungen geht hervor, daß der Dampfer Frey, weil seine Ladung für Ordre der Hobelwerke in Wismar war, recht viel mit den Streik zu tun hatte und daß die für die Entlöschung des Dampfers angeworbenen Arbeiter zu Streikbrecherdiensten angeworben sind, das läßt sich nicht hinwegstreiten. Der Streik ist jedoch nicht auf den Dampfer ausgedehnt worden, sondern dieser hat seine Tour, die sonst immer regelmäßig von Lübeck abgeht, soweit ausgedehnt und war so in das Streikgebiet gekommen. Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die Firma Jäde u. Co. hat doch Streikbrecher angeworben; ob sich nun ein Teil freiwillig angeboten hat oder ob sie erst freundlichst gebeten worden sind, auch daß sie brav gearbeitet haben, bleibt sich vollständig gleich.

Dem „Verdienste" seinen Titel. Dem Ratskellermeister Emil Selig wurde vom Großherzog von Mecklenburg-Strelitz der Titel Hoflieferant verliehen. — O selig, o selig, ein Hoflieferant zu sein!

Güterrechtsregister. Am 22. August 1906 ist bezüglich der Ehe des Stauers August Carlsson und der Emma Marie Elisabeth geborenen Toedt in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 26. Juni 1906 ist das der Frau aus dem Nachlasse der Eheleute Joachim Friedrich Offen und Catharine Maria geborenen Wigger durch Testament vom 10. April 1888 angefallene Vermögen als deren Vorbehaltsgut erklärt.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 19 Grad.

Hansa-Theater. Der Stand der Ringkämpfe ist bisher folgender: Es errangen Siege: Kroock-Schweden 3, Kutschke-Sachsen 1, Pietro-Belgien 1, Dangers-Hamburg 2, Ali Oglui-Turkestan 1, Carlos-Portugal 1, Manzart-Frankreich 1, Rißbacher-Oesterreich 2, Bouchini-Italien 2, Gebhard Berlin 4, Winzer-Hamburg 1, John Pohl-Hamburg (Abs II.) 3. — Niederlagen erlitten: Kutschke-Sachsen 2, Pietro-Belgien 2, Stahnke-Breslau 2, Carlos-Portugal 1, Meuler-Bremen 2, Manzart-Frankreich 2, Rißbacher-Oesterreich 1, Grammer-Bayern 2, Winzer-Hamburg 1, Matuschenko-Montenegro 2, Johansen-Dänemark 2, Hißmann-Westfalen 2, Dittrich-Wien 1. — Unentschiedene Kämpfe: Kroock-Schweden 1, Rißbacher-Oesterreich 1.

Eutin. Zur Bierpreiserhöhung nahm am Montagabend der Wirteverein von Eutin und Umgegend Stellung. Er präzisierte dieselbe in folgender Resolution: „Die wirtschaftliche Lage der Wirte ist nicht derartig, daß sie im Stande ist, die Biersteuer zu tragen, auch eine Abwälzung der Steuer auf das biertrinkende Publikum ist wegen der schon jetzt recht hohen Bierpreise nicht angängig; deshalb sieht sich die Vereinigung des Wirteverbandes veranlaßt, gegen jegliche Erhöhung des Bierpreises von seiten der Brauereien energisch Protest zu erheben." — Bleiben die Wirte fest, so kommt es also zweifellos zum Kampf. In demselben wird die Arbeiterschaft die Wirte kräftig unterstützen.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Grömitz. Beim Baden ertrunken ist hier der zur Kur weilende Major a. D. Drigalski; er hatte sich zu weit vorgewagt.

Hamburg. Den Erlaß eines Gesetzes gegen den unerlaubten Verkehr mit Gefangenen schlägt der Hamburger Senat der Bürgerschaft vor. Der Entwurf lautet: § 1. Es ist verboten, ohne ausdrückliche Erlaubnis mit Gefangenen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise in Verkehr zu treten oder ihnen Genußmittel oder andere Gegenstände zukommen zu lassen. § 2. Als Gefangene im Sinne dieses Gesetzes gelten: a) die Insassen der Gefängnisse und polizeilichen Arrestlokale, sowohl wenn sie innerhalb der Anstalten, wie auch wenn sie sich auf Transporten oder Vorführungen oder bei den Außenarbeiten befinden; b) die von der Staatsanwaltschaft oder von Polizei- oder Sicherheitsbeamten auf Grund eines Haftbefehls ergriffenen oder auf Grund des § 127 der Strafprozeßordnung vorläufig festgenommenen Personen. § 3. Wer es unternimmt, dem Verbot zuwider zu handeln, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. — Die Juristen und Bureaukraten haben, wie man sieht, nichts zu tun.

Kiel. Risiko der Arbeit. In Brodersdorf in der Propstei geriet die Arbeiterin Hilbert, welche bei dem Landmann Joachim Untiedt beschäftigt war, mit ihren Kleidern in das in Betrieb befindliche Göpelwerk. Sie wurde mehrmals herumgeschleudert und brach Arme, Beine, Rippen und Wirbelsäule mehrfach. Sie ist bald nach dem Unfall verstorben. Sie hinterläßt ihrem Mann fünf kleine Kinder.

Hadersleben. Ein eigenartiger Unfall führte den Tod des in Kjelstrup bediensteten, aus Jütland stammenden 20jährigen Knechtes Anton Christian Jensen herbei. Der junge Mann saugte an einem Kornhalm und verschluckte dabei ein kleines Stück Stroh, das sich bei ihm im Darm

festsetzte. Nach ein paar Tagen entstand im Darm eine schwere Entzündung, an deren Folgen Jensen jetzt im Hadersleben̄er Kreiskrankenhause verstorben ist.

Glückstadt. Die Stellmacher, Schmiede, Sattler und Lackierer der beiden hiesigen Wagenfabriken H. Wage und J. Holm haben bei den Unternehmern eine Forderung gestellt auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit unter Beibehaltung des jetzigen Wochenlohnes. Bisher ist in diesen Betrieben immer noch elf Stunden gearbeitet worden. Die Unternehmer haben diese gewiß bescheidene und wohlberechtigte Forderung strikte abgelehnt. Es wird deshalb wohl zur Arbeitsniederlegung kommen, wenn sich die Unternehmer nicht eines Besseren besinnen. Von den beteiligten Arbeitern ist die Kündigung bereits eingereicht worden. Der Zuzug von Arbeitern der obengenannten Branchen ist daher streng fernzuhalten!

Rostock. Erster Jahresbericht des Arbeitersekretariats für Mecklenburg. In Güstrow tagte am Sonntag die Konferenz der dem Arbeitersekretariat für beide Mecklenburg angeschlossenen Gewerkschaften, um den ersten Jahresbericht des Sekretariats entgegenzunehmen. Vertreten waren 16 Orte durch 24 Delegierte. Das erzielte Resultat hat die gehegten Erwartungen bei weitem übertroffen und die überaus rege Debatte ergab, daß der weitere Ausbau dieses kulturellen Instituts möglich sei. Allgemein wurde gefordert, daß die bis jetzt noch fernstehenden Gewerkschaften sich dem Sekretariat anschließen, damit es möglich sei, mehr als bisher auch der Landbevölkerung Schutz und Hülfe zuteil werden zu lassen. Es sei deshalb notwendig, sobald wie möglich eine zweite Kraft anzustellen, damit die Sprechstunden in den kleineren Städten vermehrt werden könnten. Die örtlichen Kartelle sollen ersucht werden, dahingehend zu wirken. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Sobald die Entwicklung des Arbeitersekretariats es erfordert und ermöglicht, ist die Kommission gehalten, die Vorbereitungen zur Anstellung eines zweiten Sekretärs zu treffen und darauf eine Konferenz mit entsprechender Tagesordnung einzuberufen. Das am 1. Oktober vorigen Jahres eröffnete Sekretariat befindet sich jetzt im Hause Doberanerstraße 6 in Rostock.

Oldenburg. Wegen grober Nachlässigkeit bei der Patrouillenführung ist vom Kriegsgericht der Artilleriesergeant St. von hier zu vier Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Der Sergeant hatte seine Waffe an Untergebene abgegeben und den Patrouillendienst überhaupt nicht ausgeführt, es vielmehr vorgezogen, in Wirtschaften zu sitzen und zu kneipen. Die zu seiner Patrouille gehörigen Mannschaften, die ebenfalls den Dienst nicht ausgeführt hatten, kamen mit Arrest und anderen Disziplinarstrafen davon.

Bant. Am Scharfmacherkoller bedenklich erkrankt zu sein scheint der von den Nationalliberalen abgesägte Dr. Tille, der Redakteur der von den Großindustriellen des Saarreviers herausgegebenen „Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung". Dieser Ueberscharfmacher schreibt nämlich in seinem Blatte:

„Die Gemeindeverwaltung Bant hat auf eine Eingabe des Ortsvereins Bant-Wilhelmshaven des Buchdruckerverbandes beschlossen, die städtischen Druckaufträge nur an tariftreue Druckereien zu vergeben. Dadurch hat sie sich eines Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung schuldig gemacht, welcher eine Strafe bis zu drei Monaten Gefängnis darauf setzt, durch Verrufserklärung den Versuch zu machen, jemand zur Teilnahme an einer Verabredung oder Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen zu zwingen. Die nötigen Schritte zur Aufhebung dieses Boykottes sind seitens freier Druckereien des Bezirkes in Vorbereitung. Sollte der Beschluß nicht augenblicklich aufgehoben werden, wird man die Staatsanwaltschaft anrufen."

Manches Stück Eis wird erforderlich sein, um den Herrn Doktor von seiner schweren Krankheit zu heilen.

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Heftige Erderschütterungen fanden in Zabrze unter donnerähnlichem Rollen statt. Fenster sprangen entzwei, Bilder und Spiegel fielen von den Wänden. Das Gasthaus Frank hat sich gesenkt, so daß die Fenster nicht mehr schließen. Viele Häuser weisen Risse auf, die Einwohner sind in größter Aufregung.

Posen. Leutnant v. Kahlden vom 6. Grenadierregiment wollte seinem Burschen den Mechanismus seines Dienstrevolvers zeigen. Dabei ging die Waffe los, der Bursche wurde tödlich getroffen.

Görlitz. Der Holzhändler Meyer aus Lauban und ein Sohn des Görlitzer Bäckermeisters Grosse sind wegen Wechselfälschungen verhaftet worden; zwölf Wechsel wurden noch gefunden.

Berlin. Unter choleraverdächtigen Erscheinungen ist hier die 8 Jahre alte Tochter des Zimmermanns Weimann verstorben. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Dresden. In einem hiesigen Hotel vergiftete eine Kaufmannsfrau sich und ihre siebenjährige Tochter mit Lysol.

Göttingen. Auf dem Kaliwerk Volpriehausen verunglückten zwei Bergleute durch herabstürzende Salzklumpen. Einer wurde getötet; der andere ist lebensgefährlich verletzt.

Halle a. d. S. Im Walkenrieder Tunnel entsprang der Gefangene Ahlborn aus Tettenborn, der sich die Fesseln gelöst hatte, aus dem mit 60 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Zuge. Der Transporteur sprang nach, wurde aber schwer verletzt, sodaß der Gefangene entkam.

Kassel. Der Gattenmörder, Tischlermeister Jacob, hat sich im Walde bei Melsungen erhängt.

Dortmund. In Hagen ermordete ein früherer Zuhälter den auf dem Wege zur Fabrik befindlichen, ihm gänzlich unbekannten Arbeiter Ring durch vier Dolchstiche. Der Mörder ist flüchtig.

Elberfeld. 800 Gastwirte in Elberfeld, Barmen und Umgegend lehnten die Bierpreiserhöhung ab und beschlossen, eine Genossenschaftsbrauerei zu gründen.

Essen a. d. Ruhr. Einige Knaben fanden hier auf einem Schutthaufen auf der Zeche „Gustav" eine Sprengkapsel, die sie durch ein Streichholz entzündeten. Drei Knaben wurden dabei schwer und zwei leichter verletzt.

Lübecker Marktpreise vom 22. August.

Bauern-Butter Pfd 1 25 Mk, Meierei-Butter Pfd 1 35, Hasen Stck — Mk., Enten 2,80–3,20 Mk., Hühner St. 1,70–2,20 Mk., Kücken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 [illegible], Gänse Pfd. —,— Mk., [illegible] — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,30 Mk. Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg. Ger. Lachs Pfd. 1–2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk. Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 8–15 Mk., Pflaumen 100 Pfd. –25 Mk., Blumenkohl, Kopf 30–50 Pfg., Kirschen, Pfd. — Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. 15–20 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 5.50 Mk., Kartoffeln, junge, 200 Pfd. –6 Mk., per 10 Liter 60 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4 50 Mk., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Heringe 2 St. 10 Pf., Dorsche genügend, Brachsen Pfd — Pf. Gemüse genügend.

Sternschanzen-Viehmarkt

Hamburg, 22. August 1906.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 445 Stück, davon vom Norden – Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine: schwere 70–71 Mk., leichte –73 Mk., Sauen 65–68 Mk. und Ferkel 68–72 Mk. pro 100 Pfund.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

A. B. Sch.

Freitag den 24. August, abends 9 Uhr
Komiteesitzung.

Frau **Rullmann** zu ihrem 36. Wiegenfeste ein Hoch.
D h E.

Gesucht eine Waschfrau
für jeden Dienstag Brüderstraße 5 a

5 Pf. an aufwärts zahle für Hausstandslumpen Alfstraße 37.

Z. 1. Okt. eine kleine Wohnung
zu vermieten, Preis 160 Mk
Gleicherstraße 6

Krankheitsha...
vermieten ein...
geschäft nebst ...
Ang. u. K ...

Gesucht z...
auf 3 Tage de...
Off. u. J ...

Billig! Gro...
fein...
Wiederverkäufer

Wir empfehlen folgende neue
Politischer Massenstreik . . . .
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokra...
Kommunale Schulpolitik . . . .
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel...
Was hat der Vater seinem 18jährigen Soh...
Wie schütze ich mich als Soldat vor Miss...
Buch- und Papierhandlung von F...
Johannisstraße 50

Konsumverein für Stockelsdorf u. Umgeg. (E. G. m. b. H.)

Bilanz am 30. April 1906

Aktiva	M.	M.	Pf.	Passiva	M.	Pf.
. . .		752	50	Per Mitglied.-Guthaben	1645	26
. . .		3793	25	„ Spareinlagen . . .	940	74
. . .		880	30	„ Zinsen do.	55	45
. . .		1464	42	„ noch zu zahlende	59	58
. . .		109	64	Zinsen	730	—
. . .		145	77	„ Hausanteile	36	25
. . .		172	85	„ Zinsen do.	4586	23
...dels-				„ Kreditoren	7500	—
. . .		75	75	„ Hypotheken-Konto .	1091	39
. . .	8445,80			„ Kautions-Konto . .	97	20
. . .	84,45	8361	35	„ noch zu zahlende Unkosten	378	24
. . .	1600,20				1277	56
. . .	160,02			„ Reservefonds . . .		
	1440,18			„ Reingewinn		
...05/06	22,35	1462	53			
Miete		58	95			
...s-Ges.		29	20			
. . .		1091	39			
		18397	90		18397	90

Der Vorstand: E. Gerhardt. H Fick.

...n Büchern und Belegen verglichen und richtig befunden worden.
... August 1906.

...ichtsrat: O. Nickel. H. Martens. F. Kopreit. H. Fick.

...gung.
. . . . 130
. . . . 11 141
...g . . . 3
...digung 10 13
. 128

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 1. Mai 1905 Mk. 1770.— und ergaben eine Abnahme von Mk. 132.44.

Die Gesamthaftsumme betrug am 30. April 1906 Mk. 1920.— und hat sich seit dem Vorjahre um Mk. 405.— vermindert.

...derobe̅n
...äft von
...ers Kohlm. 10.
...rch gute Ver...
...reise. U. A.
...0—8,45
...0—6,75
...8—5,25
...8—2,35
...8—2,25
...gerade, 1,28
...ra, Friseurjacken,
...ich billig.
...e 1,88 Mk.
...rken.

...E. BOY
Fischräuch. Tel. 115
...Hürstr 30, Königst.
...ger. Aale, Ostsee...
...r Käse 6 St. 10 Pf.

...ten-Bund.
...s. d. M.:
...ammlung
...er notwendig.
...r Vorstand.

...heater.
8 Uhr.
...en.
...t Karl Böttcher.

Hansa-Theater.

Heute Donnerstag am 8. Tag
der Ringkämpfung
ringen

Gebhardt Meisterringer von Berlin — gegen — **Meuter** Bremen
John Pohl Abs II Meisterringer von Europa — gegen — **Bouchini** Champion von Italien
Ali Oglui Turkestan — gegen — **Manzart** Champion von Frankreich
Dangers Hamburg — gegen — **Carlos** Champion von Portugal.

Entscheidungskampf:
Rissbacher gegen **Axel Krook**
Meisterringer von Oesterreich. Champion von Schweden.
Dieser Kampf blieb nach 30 Minuten heißen Ringens am Dienstag unentschieden und muß heute ausgerungen werden.
Vorher das
glänzende Spezialitäten-Programm.
Vorverkauf in **Sager's** Zigarrengeschäft und an der Theaterkasse

Zum ersten male in Lübeck. — Zum...
Auf dem Burg...
Nur kurze Zei...

Eigene Lichtanlage. | Schützt vor jeder Witterung.

Der grosse interna...
Zirkus Sch...

3000 Personen fassend, trifft mittels Extra...
6 große Zelte. Ei...
50 dressierte Schul- und Freiheits...
60 Personen starkes Personal au...
Sonnabend den 25. August 1906,
Große Gala-Eröffnungs...
Die Gala-Eröffnungs-Vorstellung beginnt mit einem Weltstad...
Auftreten des gesamten erstklassigen Künstlerpersonals, des Herrn Direktors mit den neuesten Dressuren, unter...
Les Benares mit seiner unübertroffenen fliegenden...
sowie jeden abend 8 Uhr: **Große Vor...**
Sonntags u. Mittwochs finden 2 Vorstellungen statt, na...
Mache darauf aufmerksam, daß jede Vorstellung mit reichhaltigem u. g...
Preise der Plätze: Loge 2.00 Mk., reserv. Sperrsitz 1.7... 1.00 Mk., II. Platz 0.75 Mk., III. Platz (Sitzplatz) 0 50 Mk., Ga... zahlen in den Nachmittags-Vorstellungen halbe Preise.
Es ladet zu zahlreichem Besuch freundlichst ein **N. Sch...**

Verantwortlicher Redakteur: Johannes S... Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 196. Freitag, den 24. August 1906. 13. Jahrgang.

Die Stadt des Mammons.

Meine Eindrücke von Amerika.

Von Maxim Gorki.

III.

Da ich von dem nationalen Geiste spreche, muß ich auch von der Sittlichkeit der Nation sprechen. Aber über diesen Gegenstand habe ich nichts von Bedeutung zu sagen. Diese Seite des Lebens ist für mich stets eine harte Nuß gewesen. Ich kann sie nicht verstehen, und wenn Leute ernsthaft darüber reden, kann ich ein Lächeln schwer unterdrücken. Im günstigsten Falle ist für mich ein Tugendrichter ein Mann, dem ich aus dem Winkel meines Auges zublinzle und, indem ich ihn beiseite nehme, ins Ohr flüstere:

„O du Halunke! Ich bin keineswegs ein Zweifler; aber ich kenne die Welt, ich kenne sie zu meinem Bedauern.“

Sittlichkeit scheint mir einem verschwiegenen Gefäß zu gleichen, das mit einem schweren Deckel aus Vorurteilen und Parteilichkeit luftdicht verschlossen ist. Ich denke, jenes Gefäß verbirgt die besten Rezepte für ein reines, ethisches Leben, für den kürzesten und sichersten Weg zur ewigen Seligkeit. Aber neben jenem Gefäß stehen als Hüter seiner Reinheit immer Leute, die mir kein Vertrauen einflößen, obgleich ihr blühendes Aussehen meinen Neid erweckt. Sie sind solche geleckte, rundliche, speckige Geschöpfe, so selbstzufrieden und so fest auf ihren Füßen stehend wie echte Wegweiser, die auf den Pfad zur Rettung der Seele hinzeigen. Dennoch ist nichts an ihnen aus Holz, mit Ausnahme ihrer Herzen. Sie sind so elastisch wie die Sprungfedern eines kostbaren Kutschwagens, wie die Radreifen eines hoch im Preise stehenden Automobils.

Wenn ich hier von Moralisten spreche, so möchte ich gern dahin verstanden werden, daß ich nicht die im Auge habe, die denken, sondern nur die, die richten. Emerson war ein Moralist; aber ich kann mir nicht vorstellen, daß der Geist eines Mannes, der Emerson gelesen hat, nicht von dem Staub und Schmutz weltlicher Vorurteile gereinigt sein sollte. Carlyle, Ruskin, Pascal — der Namen sind viele und die Bücher eines jeden von ihnen wirken auf unser Herz wie eine gute Bürste. Aber da gibt es Leute, geborne Schufte, die sich aufspielen, als wenn sie der Welt Anwälte wären.

Der Mensch ist neugierig von Natur. Mehr als einmal habe ich den Deckel von dem Moraltopf herabgenommen, und jedesmal entströmte ihm ein solch widerlicher, erstickender Gestank von Lüge und Heuchelei, Feigheit und Schlechtigkeit, daß es über die Kraft meiner Nüstern ging, ihn zu ertragen.

Ich glaube gern, daß die Amerikaner die besten Tugendrichter der Welt sind. Ich gebe zu, daß nirgends sonstwo in der Welt solche strengen Priester der Ethik und Moral zu finden sind, und deshalb kümmere ich mich um sie nicht weiter. Aber ein Wort über die praktische Seite: Amerika brüstet sich mit seiner Moral und zunächst wirft es sich zum Richter auf, augenscheinlich in der Annahme, daß es in seinem gesellschaftlichen Leben ein nachahmenswertes Sittengesetz eingeführt hat. Ich glaube, dies ist ein Irrtum.

Die Amerikaner laufen Gefahr, sich lächerlich zu machen, wenn sie beginnen, sich mit ihrer Gesellschaft zu brüsten. Denn es ist durchaus nichts Echtes an ihr; die Verderbtheit der „höheren Gesellschaftsklassen“ ist in Europa eine ganz alltägliche Sache. Wenn die Amerikaner die Entwicklung einer „besseren Gesellschaft“ in ihrem Lande gestatten, so ist nichts Bemerkenswertes an der Tatsache, daß auch die Verderbtheit zusehends wächst. Und daß keine Woche ohne irgend einen lauten Skandal in der „besseren Gesellschaft“ vorübergeht, ist kein Grund dafür, sich mit der Ueppigkeit der amerikanischen Sittenlehre großzutun. Man kann alle diese Dinge auch in Europa antreffen. Es herrscht vielleicht weniger Heuchelei in diesen Sachen auf der andern Seite des Ozeans; aber die Verderbheit ist überall die gleiche; kaum irgendwo ist der Grad ein geringerer. Es handelt sich um die allgemeine Moral der Vertreter der „besseren Gesellschaft“, einer kosmopolitischen Rasse, die mit dem gleichen Eifer in allen ihren Teilen behandelt.

Ich muß noch die Tatsache erwähnen, daß in Amerika sehr häufig Geld gestohlen wird, und gleich in großen Mengen. Das ist aber ganz natürlich. Wo viel Geld vorhanden ist, gibt es auch viele Diebe. Sich einen Dieb ohne Geld vorzustellen, ist ebenso schwierig, wie sich einen rechtschaffenen Mann mit Geld vorzustellen. Aber auch das ist wieder eine Erscheinung, die allen Ländern gemeinsam ist.

Aber genug. Es ist ein unerfreulicher Gegenstand. Und hat nicht Edgar Allan Poe einst gesagt: „Sage einem Diebe dauernd, daß er ein ehrlicher Mann sei, und er wird deine Meinung über ihn rechtfertigen.“

Ich teste Poes Behauptung auf die Probe, indem ich mir einen Mann, der von seiner Ehrlichkeit durch und durch überzeugt war, und ihm das Gegenteil glauben machte. Das Ergebnis bewies, daß die Tatsache immer stimmte. Hieraus folgere ich, daß wir die Leute mild und freundlich behandeln müssen. Es ist nicht von Wichtigkeit, wie sie mich behandeln, wohl aber, wie ich sie behandle. Das Einzelwesen zieht die Gesellschaft empor, das Einzelwesen erniedrigt sie.

Das klingt wohl paradox, ist aber die Wahrheit.

Ein großartiger Broadway, aber eine schreckliche Ostseite. Welch unversöhnlichen Gegensätze, welch tiefe Tragödie! Die Straße des Reichtums muß notgedrungen Anlaß geben zu harten und grausamen Gesetzen, die ausgeheckt werden von der Finanzaristokratie, den Sklaven des „Gelben Teufels“, um die Armut und ihr Quartier, das „Whitechapel“ von New York, mit Krieg zu überziehen. Die Armut und das Laster der Ostseite müssen notgedrungen Anarchie erzeugen. Ich spreche nicht von einer Theorie; ich spreche von der Entwicklung, die Neid, Bosheit und Rachgier nehmen; mit einem Worte davon, was den Menschen auf das Niveau eines Feindes der menschlichen Gesellschaft herabdrückt. Diese zwei unversöhnlichen Strömungen, das Seelenleben der Reichen und das Fühlen der Armen, drohen mit einem Zusammenstoß, der zu einer ganzen Reihe von Trauerspielen und Katastrophen führen wird.

Amerika befindet sich im Besitz eines großen Vorrats an Tatkraft, und deshalb entwickelt sich alles in ihm, das Gute wie das Böse, mit größerer Schnelligkeit denn sonstwo. Aber das Wachstum jener Art von Anarchismus, von der ich spreche, geht der Entwicklung des Sozialismus voraus. Sozialismus ist eine Kulturstufe, ein Wirken auf der Bahn der Gesittung. Er ist die Religion der Zukunft, die die ganze Welt von der Armut und der brutalen Herrschaft des Geldes befreien wird. Damit ich recht verstanden werde: er fordert die beharrliche Anwendung des Verstandes und eine allgemeine harmonische Entwicklung der geistigen Kräfte im Menschen. Anarchie ist eine soziale Krankheit. Sie ist das Gift, das in dem gesellschaftlichen Organismus hervorgebracht wird durch das der Natur zuwiderlaufende Leben des Einzelwesens und den Mangel einer gesunden Ernährung seines Leibes und seiner Seele. Zum Gedeihen des Anarchismus bedarf es keiner geistigen Grundlage; er ist das Werk des Instinkts, und der Boden, auf dem er gedeiht, sind Neid und Rache. Er müßte notgedrungen gerade in Amerika großen Erfolg haben, wo die sozialen Gegensätze ganz besonders stark sind und das geistige Leben ganz besonders schwach ist.

Unreine Säfte im Körper zeigen sich äußerlich als eiternde Geschwüre. Lüge und Laster, die sich in der Gesellschaft breitmachen und unter ihrer Oberfläche schwärmen, werden eines Tages gleich Lavaströmen aus Kot ausgeworfen werden und jene Gesellschaft ersticken und ertränken, nicht aber, wenn beizeiten acht gegeben wird, das Leben der Massen, die von der Armut vergiftet werden.

Aber mich dünkt, auch ich bin auf dem Wege, ein Moralprediger zu werden. Man sieht den verderblichen Einfluß der Gesellschaft.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Der in Berlin ausgebrochene Streik der Paketfahrer angestellten steht für letztere infolge der großen Zahl der Streikbrecher ungünstig. — Die Berliner Glaser hatten vor dem Einigungsamt Verhandlungen, die auch zu einem Vorschlag des Amtes führten. Dieser fand jedoch nicht die Billigung der Streikenden. Der Streik geht also weiter. — Die Kasseler Klempner streiken. — In Dänemark ist es zur Einigung zwischen den streikenden Pianofortearbeitern und den Arbeitgebern gekommen. Die geplante Aussperrung unterbleibt also. — 600 Bergarbeiter in Bilbao streiken. Militär ist herangezogen worden, was jedoch eine völlig überflüssige Maßregel ist.

Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse haben ihren Anfang genommen. Es haben für den ersten Kurs 36 Personen, darunter 1 Dame, sich für alle Lehrgegenstände einschreiben lassen; 3 Hörer besuchen nur Einzelvorträge. Bei der Eröffnung der Kurse schilderte Genosse Legien noch einmal kurz die Absichten, welche die Generalkommission bei Einführung derselben verfolgte. Die Einrichtung, sagte er, die wir geschaffen haben, ist ja wiederholt aus Gewerkschaftskreisen gefordert worden, nicht nur mit Rücksicht auf die einschlägigen Einrichtungen der Gegner, sondern auch wegen der Anforderungen, die jetzt an die Gewerkschaftsbeamten gestellt werden. Die Kräfte der ersten Beamten wachsen mit der Organisation; jetzt treten sofort hohe Anforderungen an den einzelnen heran. Der Redner wünschte im Interesse der Gewerkschaften, daß es ihnen immer gelingen möge, den Nachwuchs aus den Reihen der Gewerkschaftler selbst zu finden und daß man nie genötigt werde, auf andere Kreise zurückzugreifen. Es sei natürlich nicht möglich, in einem so kurzen Kursus ein abschließendes Wissen zu vermitteln; dieselben haben vielmehr den Zweck, die Hörer systematisch mit dem Material bekannt zu machen, das ihnen ein späteres Weiterstudium ermöglicht. Unter diesen Voraussetzungen würden die Kurse für die Gewerkschaftsbewegung segensreich wirken.

Ueber die Reorganisation des Parteivorstandes und über den politischen Massenstreik sprach in einer Parteiversammlung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises dessen Vertreter, Reichstagsabgeordneter Gen. Stücklen. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit der bewährten Genossen im Parteivorstand hält Stücklen eine Reorganisation des Parteivorstandes für notwendig, da mit dem Wachstum der Partei sich auch die Arbeit ungemein gehäuft habe. Wie sollen die Mitglieder bei dieser Ueberlastung noch Agitation betreiben? fragte er. Eine Vermehrung der stimmführenden Sekretäre redete er aber nicht das Wort, da der Beratungskörper sonst zu groß werde. Der Parteivorstand solle sich nach seinem Vorschlag in bestimmte Ressorts teilen. Etwa: Kasse, Presse, Agitation, Organisation. Jeder Ressortchef solle einen, wenn nötig auch zwei Sekretäre zur Mitarbeit bekommen, dann würden auch die Klagen über Unterlassungssünden des Parteivorstandes verstummen. Es werde kaum die Riesenarbeit bei den nächsten Wahlen zu bewältigen sein, wenn eine entsprechende Reorganisation des Parteivorstandes nicht vorher erfolge. — Bezüglich des politischen Massenstreiks nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Parteiversammlung des 15. sächsischen Wahlkreises steht nach wie vor in der Frage der Notwendigkeit des politischen Massenstreiks auf dem Standpunkt der Jenaer Resolution und erwartet, daß der Parteitag in Mannheim an diesem Kampfesmittel festhält.“

Wegen Beleidigung der Insterburger Richter wurde Genosse H. Donath, Redakteur des „Volkswille“ in Hannover, von der 1. Ferienstrafkammer dort zu 200 Mark Geldstrafe und in die Nebenstrafen verurteilt. Die Beleidigung wurde gefunden in einer der „Leipziger Volkszeitung“ entnommenen Notiz, die die Frei-

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(12. Fortsetzung.)

Mit dem Tage waren die Frauen bedenklicher geworden, und in derselben Steigerung hatte die Größe und Dicke der Kaffeewolken zugenommen um Strohdach und Holunderbusch. Heute dampfte der Schornstein des Häuschens wie ein kleiner Vulkan. So zahlreich waren die Frauen noch nie versammelt gewesen; es fehlte niemand, als die Schmiedin und die Baderin, und diese mußten noch kommen.

Das hatte aber auch seinen guten Grund.

Morgen wollte die Heiterethei wieder nach dem Zainhammer fahren. So weit hatte sie sich, seit der Fritz ihr aufzulauern begonnen, noch nicht vom Städtchen entfernt. Dann konnte auch, was schon öfter geschehen, dort so lange aufgehalten werden, daß sie erst bei Nacht in das Ulrichsholz kam. Das war dick, die Straße hindurch nicht die belebteste, und man wußte tausend schreckliche Geschichten davon zu erzählen. Dazu kamen Vorbedeutungen der schlimmsten Art.

Die Weberin versicherte, daß sie nie die Hähne so ganz eigen und zu so ungewöhnlicher Zeit krähen gehört, als die letzten Tage. „Ja,“ sang sie dem unsichtbaren Rocken zu, an dem sie spann, und es war, als suchte sie das eigene Krähen mit dem Ton ihrer Rede zu malen — „ja, wenn ich's nur könnt beschreiben! Ordentlich, wie wenn ein weinend Kind der Bock stoßen tut.“

„Ja,“ meinte die Tüncherin, „das bedeutet ander Wetter.“

„So, ander Wetter?“ sagte die Valtinessin. „Und ist's denn anders geworden etwa? Ist's nicht das best geblieben? Nur noch zweimal haben sie so gekräht, das ich's weiß. Das war den Tag vorher, eh' der Schäfer den Jungen hat umgebracht im Ulrichsholz und wie hernachen die Württemberger im Krieg seinen Schädel vom Rad' haben genommen und daraus getrunken im Schwanen-Wirtshaus. Die Weberin da ist meine Gevatterin. Und wenn ich und meine Gevatterin nicht wissen, wie die Hähne in Luckenbach krähn, und andre wissen's besser, so weiß ich nicht, was ich hier zu tun hab. Und hier sitz ich und frag: Warum hat mir's denn die ganz' Nacht vom alten Spritzenhaus geträumt?“

Die Frauen fürchteten, die Valtinessin könne, da sie eben im Uebelnehmen begriffen war, auch übelnehmen, wenn sie gestanden, sie wüßten das nicht. Als sie schwiegen, setzte die Valtinessin noch hinzu: „Oder weiß ich und meine Gevatterin auch nicht, was uns geträumt hat, und die Frau Tüncherin weiß auch das besser?“

„Aber,“ begütigte die Tüncherin, „man red't ja nur, Frau Bäs Valtinessin. Und es ist wohl möglich, daß der Hahn, den ich hab ander Wetter hören krähn, gar kein rechter Luckenbacher ist gewest. Sonst hätt' er's gewiß der Frau Bäs Valtinessin nicht zuleid getan. Denn das müßt' kein rechter Luckenbacher sein, der nicht allen Respekt hätt' vor der Frau Bäs Valtinessin.“

Die Valtinessin war schrecklich in gerechtem Zorn, aber sie ließ sich versöhnen, und so bekräftigte sie durch ein feierliches Schwingen ihrer Haube, daß das gute alte Verhältnis wiederhergestellt sei.

Die Tischlerin aber sagte etwas zaghaft: „Wenn's der Frau Bäs Valtinessin nicht unrecht wär, so hätt' ich auch geträumt; denn warum? es fällt mir nicht ein, so vornehm zu träumen, wie die Frau Bäs Valtinesin; man träumt eben, wie man's so in's Haus braucht. Die ganz' Nacht ist mir's gewesen, als wenn ein Bär bei mir im Bett läg; denn warum? mein Mann hat mich zweimal aufgeweckt, weil ich so tief hab Atem geholt.“

Da die Valtinessin sich's von der Tischlerin gefallen ließ, so hatten nun die Frauen alle geträumt, wenn auch nicht so vornehm und bedeutsam, wie die Valtinessin, doch etwas, das sich auf die Heiterethei bezog oder beziehen ließ.

Von den schaurigen Träumen, denn das waren sie alle, kam man auf noch schauerlichere Geschichten. Je schauerlicher die wurden, desto leiser wurden die Stimmen. Und kaum, daß die eine geendigt war, so fing schon wieder eine andere an. Denn wenn's so still wurde, daß man das Rauschen der Weiden und das Kratzen der Holunderäste am Dach und an den Wänden des Häuschens hörte, dann war's noch schauerlicher in der Wirklichkeit, als in der schauerlichsten Geschichte.

Und wenn nun die erzählten Dinge aus den Geschichten heraus in die Wirklichkeit traten? Wenn man nun wieder reden wollte und es kam kein Ton heraus? Oder wenn man die Augen von der Erde hob und sah ganz plötzlich in lauter Totengesichter hinein? Oder es stöhnte irgendwo in einer Ecke und man sah doch niemand; was sollte da erst werden?

Wie es vor einem schrecklichen Ereignis ist, das kommen muß: Jedem liegt's auf der Zunge, es vorher zu sagen, und es wagt's doch keiner. Weil es ist, als müßt' es dann erst geschehen, als könnte es vorbeigehen, würde es nur nicht berufen. Und gleichwohl drängt es jeden dazu; als ob es wiederum doch zu vermeiden wäre, spräche man es vorher nur warnend aus. Alle sahen während des Erzählens nach der Heiterethei hin. Man durfte sie nicht fortlassen; mit oder wider Willen, bleiben mußte sie. Aber um ihr das zu sagen, mußte man die Geschichten unterbrechen. Und dann ward's still, wer weiß, wie lang! Und dann hörte man wieder die Weiden rauschen und den Holunder am Häuschen kratzen wie einen Lebendigbegrabenen an seinem Sarge.

Und doch riß der Weberin mitten in der schrecklichsten Geschichte der Faden; fast da, wo die Räuber im einsamen Wirtshaus im Walde die Tür aufbrechen und der junge Kaufmann, der da eingekehrt ist, entsetzt nach seinen Pistolen greift. Und — war das ein Schuß? Nein, es ist der Wind, der in den Waldbäumen um das Wirtshaus so ent-

sprechung des der fahrlässigen Tötung eines Arbeiters angeklagten Inspektor Neufang durch die Insterburger Strafkammer mitteilte und wegen der Genosse Seger von der „Leipziger Volksztg.“ unlängst zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der ganze Artikel, so führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus, enthalte nichts weniger als eine berechtigte Kritik. Zu dieser gehöre das Durchlesen des — in der Beweisaufnahme verlesenen — außerordentlich sorgfältig gemachten Urteils. (!) Statt dessen habe der Angeklagte einfach den Artikel aus der „Leipziger Volksztg.“ abgedruckt, und dieser Artikel stelle es so dar, als sei der Inspektor Neufang wider alles Recht freigesprochen worden. Der ganze Artikel bezwecke offenbar weiter nichts, als den Richterstand durch den Vorwurf der Rechtsbeugung, der Parteilichkeit in den Augen der Parteigenossen herabzusetzen. Die häufig angewendeten Frage- und Ausrufzeichen ließen darüber gar keinen Zweifel zu, gehe auch übrigens aus der Tendenz des Blattes hervor. Er beantrage eine Geldstrafe von 500 Mark, hilfsweise 50 Tage Gefängnis. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, bestritt, daß in dem inkriminierten Artikel die Grenzen der berechtigten Kritik überschritten werden. Es werde darin nur gesagt, es sei unverständlich, wie das Insterburger Gericht auf Grund der Beweisaufnahme zu einer solchen Beweiswürdigung gekommen. — In der Darstellung des Sachverhalts, die der Artikel zunächst gebe, könne, so führt der Vorsitzende bei Verkündigung des Urteils aus, der Vorwurf der Parteilichkeit gegen das erkennende Gericht nicht erblickt werden. Der Angeklagte gehe aber dann dazu über, durch Frage- und Ausrufzeichen und Sperrdruck die Urteilsgründe des Gerichts einer Kritik zu unterziehen, und diese Kritik, in Verbindung mit dem Vordruck „Deutsche Justiz“ laufe doch darauf hin, das Urteil und dadurch die Richter zu verhöhnen. Dadurch habe der Angeklagte sich strafbar gemacht. Der Vorwurf wiege indes nicht so schwer und deshalb sei eine Geldstrafe von 200 Mark, hilfsweise 40 Tage Gefängnis, als angemessene Sühne erachtet worden. Außerdem werde dem Präsidenten des Landgerichts Insterburg die Befugnis zuerkannt, das Urteil auf Kosten des Angeklagten innerhalb 4 Wochen nach erfolgter Zustellung einmalig im „Volkswille“ und der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ bekanntzugeben. — Erst läßt sich ein preußisches Gericht von einem sächsischen durch ein schweres Urteil bestätigen, daß es keine Klassenurteile fälle, dann kommt wieder ein preußisches Gericht und zensiert das sächsische durch ein milderes Urteil, wobei es dann noch in der mündlichen Begründung sagt, der Vorwurf der Parteilichkeit, der den Richtern hier gemacht sei, wiege nicht so schwer. Wir überlassen es nun dem Leser, sich ein Urteil über die Einheitlichkeit der deutschen Rechtsprechung zu machen.

Ein tragisches Geschick hat den Genossen Albert König, den früheren Vertrauensmann und Reichstagskandidaten der Elbinger Sozialdemokraten, ereilt. König war vor etwa 14 Tagen in der Heide mit Aufladen von Torf beschäftigt. Hierbei erlitt er einen Anfall von Hitzschlag, den er aber zunächst nicht weiter beachtete. In den letzten Tagen hat sich sein Befinden so verschlechtert, daß mehrere Aerzte nach seiner Wohnung geholt werden mußten. Jetzt ist er vollkommen erblindet und die Aerzte haben keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Genosse König steht im kräftigsten Lebensalter und ist Vater von vier kleinen Kindern. — Nach einer neueren Meldung ist Genosse König seinen Leiden erlegen.

Der außerordentliche Parteitag der Züricher Sozialdemokratie fand am Sonntagnachmittag in Zürich unter starker Beteiligung der Genossen und Genossinnen aus Stadt und Land statt, von denen sich etwa 300, darunter 260 Delegierte, eingefunden hatten. Das einleitende Referat hielt der Präsident der Partei, Genosse Dr. Kraft-Zürich, der eine zusammenfassende Darstellung der Vorgänge in Zürich und Umgebung, insbesondere der behördlichen Schand- und Gewalttaten gegen die Arbeiter gab und sie auf das Schärfste brandmarkte und verurteilte. Sodann wandte er sich aber auch gegen Vorgänge im eigenen Lager. Zunächst geißelte er die unglaubliche Haltung des „Grütlianer“, des Zentralorgans der schweizerischen Sozialdemokratie, der u. a. eine Einsendung aufnahm, in der die Mißhandlung von Arbeitern durch die Kosaken nicht nur verteidigt, sondern noch als zu milde bezeichnet, und die natürlich sofort von der kapitalistischen Scharfmacherpresse reproduziert wurde. Der Geschäftsleiter der Grütlidruckerei in Zürich erwiderte bußfertig auf eine bürgerlich-chauvinistische Anrempelung, daß ja nur ein einziger Schwab in diesem Geschäfte sei. Die Geschäftsaufträge von den vielen Schwaben in den Gewerkschaften und politischen Arbeitervereinen nimmt aber der Herr Häfeli gerne entgegen. Auch mit den Anarchisten und Antimilitaristen, sowie mit der Neutralität der Gewerkschaften, die alle zusammen die Partei schwer geschädigt und ihre politische Machtstellung geschwächt haben, setzte er sich kritisch auseinander und zum Schlusse empfahl er die Annahme folgender Protestresolution: „Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich erblickt in den Truppenaufgeboten und in dem allgemeinen Verbot des Streikpostenstehens ungesetzliche Eingriffe der Regierung in den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern zugunsten der letzteren. Er mißbilligt auf das Schärfste die Ausweisung des Genossen Hauth, da diesem keine Handlungen vorgeworfen werden konnten, die die Ausweisung vom Standpunkte des Rechts aus begreiflich erscheinen lassen könnten. Er erblickt auch in dieser Maßnahme nur eine moralisch verwerfliche Handlungsweise und den Versuch, das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift hinfällig zu machen. Er verurteilt aber auch sämtliche übrigen Ausweisungen als eine verwerfliche Handlung der Regierung. Der Parteitag beschließt auf Grund dieser Erwägungen: an den Regierungsrat des Kantons Zürich ist das Begehren zu stellen, das Verbot des Streikpostenstehens aufzuheben. Der Parteitag protestiert im allgemeinen gegen die teils ungesetzlichen, teils moralisch verwerflichen Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter zugunsten des Kapitals. Er verurteilt das Verbot der Demonstrationsumzüge als unwillkürlichen Eingriff in das Recht der Arbeiter.“ In der sehr lebhaften Diskussion, an der sich etwa zwanzig Redner beteiligten, kam die tiefe Empörung über das Schandregiment der Züricher Behörden zum elementaren Ausbruch, aber auch die Erkenntnis der richtigen Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung gelangte zum Ausdruck. Mehr Agitations- und Organisationsarbeit in Stadt und Land ist es, was not tut, und es wurden auch erfreuliche Mitteilungen darüber gemacht, daß sie bereits verrichtet wird. Die Hauptstützen der Reaktion sind wie immer die Bauern, also muß man sie in ihrem eigenen Gebiete schwächen, um ihren Einfluß zu brechen. Von Basel war als Vertreter der dortigen Genossen Redakteur Frei erschienen, der in einer ausgezeichneten Rede die Züricher Arbeiterschaft zur Initiative und Tatkraft aufforderte, womit sie auch in Basel vorwärts gekommen. Ein Redner machte die sensationelle Mitteilung, daß während des Züricher Bäckerstreiks 20 Milizsoldaten von Thun nach Zürich gekommen und Streikbrecherarbeit verrichtet hätten! Außer der Annahme der obigen Resolution wurden noch eine ganze Reihe weiterer Anträge zum Beschluß erhoben. Durch einen Beschluß wurde dem Genossen Hauth der Dank der Partei für seine bisherige Tätigkeit ausgedrückt; weiter die Herausgabe einer Agitationsbroschüre mit einer aktenmäßigen Darstellung der behördlichen Schandtaten beschlossen und den Parteiorganisationen die Diskussion des politischen Massenstreiks empfohlen, über den Genosse Greulich nach seiner Erklärung bereits die Herausgabe einer Schrift vorbereite. Als interessante Einzelheit aus der Diskussion sei schließlich noch erwähnt die Mitteilung, daß die Ausweisung des Genossen Hauth eine Folge des Massenspazierganges der Züricher Arbeiterschaft gewesen sei. Also ein ganz niederer und perfider Racheakt. — Der außerordentliche Parteitag der Züricher Sozialdemokratie war ein Tag der Klärung und der Sammlung; möge er zur Förderung und Stärkung der Partei dienen.

Aus Nah und Fern.

Auf dem Schießstande erschossen. Aus Dresden wird berichtet: Ein schwerer Unglücksfall bildete den Gegenstand einer Anklage gegen drei Offiziere des Feldartillerieregiments Nr. 64 in Pirna, den Oberleutnant Aumann und die Leutnants Friedrich und Müller, sowie den Unteroffizier Kreller aus Freiberg. Auf dem Schießstand des Regiments fand im Monat Juni ds. Js. Revolverschießen statt. Durch die Ungeschicklichkeit der Leute fielen bei Beginn der Schießübung wiederholt Patronen in den Sand; um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde befohlen, daß den Schützen die Waffe vom Munitionsunteroffizier geladen zu übergeben sei mit der ausdrücklichen Betonung: „Geladen und gesichert.“ Der Unteroffizier Kreller nahm, als die Reihe an ihn kam, bei dem Munitionsunteroffizier von dem Revolvertisch einen Revolver, trat mit der geladenen Waffe zur Seite und machte sich mit dem Mechanismus zu schaffen. Hierbei entlud sich der Revolver und die Kugel traf den nur wenige Schritte entfernt stehenden Gefreiten Zieschang in den Unterleib. Der Getroffene brach sofort zusammen und starb nach kurzer Zeit. Das Kriegsgericht der 23. Division zu Dresden verurteilte den Unteroffizier Kreller zu vier Monaten Festungshaft. Von den drei Offizieren, die an jenem Unglückstage die Aufsicht auf dem Schießstande zu führen hatten, wurde Leutnant Müller zu 3 Wochen, Leutnant Friedrich zu einer Woche und Oberleutnant Aumann zu 3 Tagen Stubenarrest verurteilt.

Wie gefragt werden muß. Kaiser Wilhelm II. führte als Grund für die Inferiorität der deutschen Journalisten an, daß diese nicht verpflichtet seien, ein Examen zu machen. Darin hat er, so sagt der Wochenplauderer des „Hamburger Echo“, recht: Examen sollten sein, und gründlich sollte gefragt werden. Aber es kommt sehr darauf an, wie das Examen ist. Zum Beispiel: „Was betrachten Sie als den hervorstechendsten Vorteil der staatsmännischen Erfahrung?“ — „Die Ausbildung der Gütertrennungsmoral.“ — „Was verstehen Sie unter Staatskunst?“ — „Die Beteiligung an Kolonialausrüstungsgeschäften, an Panzerplattensyndikaten, an Waffen- und Munitionstrusts und am Spirituszing.“ — „Was sind die Pflegestätten der Moral?“ — „Die Kirchen.“ — „Welche Kirchen?“ — „Mirbachkirchen und Tippelskirchen.“ — „Was muß ein Staatsminister unbedingt haben?“ — „Eine Frau muß er haben, auf die er seinen Anteil an gegründeten Geschäften übertragen kann.“ — Wenn in der Weise examiniert würde, und wenn keiner als Redakteur zugelassen würde, der nicht befriedigende Antworten geben könnte, dann wären die Preßmenschen bald zu einer besseren Gesellschaftsklasse erzogen . . .

Der Mörder des Genossen Fleischmann in Nürnberg ist aus der Haft entlassen. Fleischmann ist am Montag morgen im Krankenhause den Verletzungen, die ihm der Arbeitswillige durch mehrere Revolverschüsse beigebracht hatte, erlegen. Dem Revolverhelden wird sicher kein Haar gekrümmt werden, denn er war ja ein Streikbrecher und sein Opfer ein Streikender. Nach der Auffassung der anklagenden und richtenden Justiz ist aber, wenn Streikende und Streikbrecher kollidieren, der Streikbrecher stets in Notwehr. Hunderte von Prozessen haben das schon gezeigt, und alles Reden und Schreiben und Tun hilft nichts, Richter und Staatsanwälte von diesem subjektiven Irrtum abzubringen. Das ganze Arbeitermilieu ist ihnen zu fremd, als daß sie die psychologischen Zusammenhänge verstehen und die Vorgänge objektiv richtig würdigen könnten.

Dem Götzen Kapital müssen alle Dinge zum Besten dienen. Um die beim Bau des Panamakanals beschäftigten Arbeiter zu beschleunigter Tätigkeit anzuspornen, nimmt die Bauleitung die Musik zu Hülfe. Sie ist dahinter gekommen, daß singende Arbeiter die höchsten Leistungen erzielen. Darum werden guten Vorsängern unter den Erdarbeitern besondere Prämien bewilligt. Den Profitjägern müssen eben alle Dinge zum Besten dienen.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 47. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Kleinkram. — Zur Massenstreikdebatte. Von Heariette Roland-Holst. — Das Kommunistische Manifest ein Plagiat. Von K. Kautsky. — Die prinzipielle Stellung des Jüdischen Arbeiterbundes. Von A. L. — Der Punkt 6 des Parteiprogramms. Von Karl Zielke (Halle). — Zur Arbeiterbildungsfrage. Von J. Brandler. — Literarische Rundschau: E. Vandervelde, Essais Socialistes. Von H. Roland-Holst. A. de Morsier, La Journée de huit heures et le salariat industriel. Von ad. br. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 17 des 16. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.

---

setzlich braus. Und doch auch das nicht. Man ist ja nicht wirklich in jenem Waldwirtshause; man ist in der Heitherethei Häuschen an den Weiden. Und dieses Brausen und Zischen klingt garnicht so wildfremd; es hat vielmehr etwas Heimliches, Vertrautes; man hört es nicht zum erstenmal. Aber es braucht erst das laute Lachen der Heiterethei aus ihrer Ecke heraus, den Zauber von den entsetzten Gemütern hinweg zu beschwören. Die Hälfte des siedenden Wassers mußte erst aus dem Kaffeetopf auf den Herd laufen, ehe man begriff, das seltsame Brodeln und Zischen sei das allbekannte, täglich gehörte, das jede siedende in die glühenden Kohlen laufende Flüssigkeit hören läßt.

Der Gegensatz der sicheren Wirklichkeit zu den Erwartungen eines Etwas, das anders sei, als alle Wirklichkeit, und das Gefühl, daß jene so nahe war, in die man sich retten konnte aus den Schrecknissen der Einbildung, erweckte ein behagliches Gelächter, dessen letzte Töne doch schon wieder vor dem Gedanken zitterten, daß es wirklich unrecht und ein Frevel sei, in solchen Augenblicken solcher Erwartung zu lachen.

Doch war wenigstens die Furcht vor der Stille gewichen, und als man sich besonnen hatte, was man doch vorhin sagen gewollt und nicht gekonnt, da erhob sich das Warnen und Raten von neuem — und um so lauter, da man sich selbst dadurch betäuben konnte.

„Ach du lieber Gott!“ rief die Weberin, „wenn doch nur das Dorle freien wollt!“

„Ja, wenn das so geschwind ging!“ verzweifelte die Tüncherin. „Aufs Rathaus muß das Dorle, in die Gericht'.“

„Die sitzen auch, bis der Frau Tüncherin so was Gescheits einfällt,“ strafte die Baltinessin. „Da wär das Best', das Dorle holt die Herrn morgen früh, eh' sie fortgeht, im Tragkorb aus den Betten aufs Rathaus.“

„Militär muß geholt werden aus der Hauptstadt,“ schrie die Beutlerin.

„Das kommt zu spät,“ schlug die Tischlerin die Hände zusammen. „Denn warum? Wenn das Dorle dem Nachtwächter sechs Batzen gibt, da geht er mit ihr in den Zainhammer und wieder heim.“

„Aber wer weiß,“ ächzte die Tüncherin wieder, „ob das Dorle so viel mit der Fuhr' verdient! Ich mein, da schickt das Dorle gleich den Nachtwächter und blieb zu Haus. Da könnt sie's halb abverdienen, was der Nachtwächter kost't.“

„Ja,“ sagte die Heiterethei lachend. „Ich fürcht mich aber nicht. Und wenn ich mich fürchtet', da braucht ich auch den Nachtwächter nicht zu schicken: ich blieb eben daheim, und so wär's, und nu wär's fertig. Aber ich fürcht mich nicht, und da frei' ich nicht und geh nicht aufs Rathaus und schick auch keinen Nachtwächter, sondern ich fahr in den Zainhammer. Und so ist's, und nu ist's fertig.“

„Es ist schrecklich,“ spann die Weberin wie außer sich, „daß das Annedorle nicht folgen will. Und wenn man nur wenigstens eine Karten hätt', daß man sich erst darauf legen könnt!“

„Ach,“ sagte die Schwesterleins-Evekathrine, „ich hab ja eine mit, aber über die Geschichten hat man alles vergessen. Ich will sie nur geschwind legen, eh' noch was andres drein kommt.“

„Ja,“ sagte die Baltinessin und schlug auf ihre Kniee. „Man hofft ja nicht, daß dem guten Annedorle was begegnen soll. Wenn's aber soll sein, so hat man seine Schuldigkeit getan und braucht sich nichts vorzuwerfen von dessentwegen.“

Der Meinung waren die Frauen alle.

Kein Atemzug ließ sich hören, als die Schwesterleins-Evekathrine ihr Werk begann.

„Ein—zwei—drei—sechs“ — eine Reihe Karten lag da. Die Baltinessin griff an die Nase, um die Brille herabzunehmen und zu putzen, die sie nicht aufhatte. „Wo ist denn das Unglück?“ sagte sie. „Das sieht ja aus wie lauter Herz und Schellen. Da ist ja gar kein Grün. Es wird noch kommen,“ tröstete sie sich.

Aber es kam nicht.

„Liegt denn die ganz' Sach', oder ist's noch nicht fertig? Ja, es ist doch. Aber wo ist denn das Unglück? Ist denn das Eichelaus und die Eichelzehn, wo da neben dem Herzunter liegt? Das wär ja eine Hochzeit, verzeih mir Gott meine Sünd'!“

Den andern ging's nicht besser als der Baltinessin. Alle fühlten nur das Unangenehme einer getäuschten Erwartung.

„Es ist nix mit dem Kartenlegen,“ sagte die Baltinessin. „Dummes Zeug ist's. Und wenn einer gewiß wüßt, es träf zu, da ließ er sie sich gar nicht legen. Aber nu, wenn die Karten gut sind, hernachen glaubt er's; sind sie aber schlimm, hernachen sagt er: Es ist dummes Zeug. Und das ist's auch.“

„Wenn die Evekathrine nicht falsch abgezählt hat,“ sagte die Weberin.

„Oder falsch gemischt,“ sagte die Tüncherin.

„Ja,“ sagte die Schwesterleins-Evekathrine selber, „ich wollt schwören, ich hätt's richtig gemacht. Passiert mir auch sonst nicht, daß ich einen Schnitzer mach'. Aber es muß doch wohl. Und wenn man so in der Angst ist.“

„Und in der Gemütsbewegung,“ spann die Weberin. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.